

Antifaz

Antifaschistische Zeitung



HEFT 23

MAI/JUNI

1990

5. JAHRGANG

DM 2,00

Städtepartnerschaft Recklinghausen – Schmalkalden

L.Pappenheim
Schmalkaldener
Antifaschist
(von den Nazis
erschossen)



In diesem Heft:

Einleitung.....	S. 3
Antifaschistische Städtepartnerschaft.....	S. 4
Ein Sohn des Volkes-Ludwig Pappenheim.....	S. 7
FAP-Bundesparteitag verhindert.....	S.10
Aktionen gegen Neues Ausländergesetz.....	S.12
Nein zum Neuen Ausländergesetz.....	S.14
Zum Verbot faschistischer Organisationen.....	S.16
Blick nach draußen.....	S.20
Antifaschistische Zeitschrift "Antifa' cts".....	S.26
Antiimperialistischer Kongreß.....	S.27
Besuch beim Düsseldorfer Kurdenprozeß.....	S.30
Impressum.....	S.32
Veranstaltung gegen Großdeutschland.....	S.33
Leserbrief.....	S.35
Antifa-Archiv Osnabrück.....	S.37
In letzter Minute.....	S.39
Letzte Meldung.....	S.40

Dortmund
 - Geschichtswerkstatt
 - Atom-Stop-Büro
 - Litfaß-Buchladen
 - Erpel-Kneipe
 - Cafe Samowar
 - Taranta Babu Buchladen

Herne
 - Kornmühle
 - Informationszentrum 3. Welt

Marl
 - Bücherladen

Recklinghausen
 - Attatroll-Buchladen
 - Sonnenblume-Naturkostladen
 - Drübelken-Kneipe
 - Grünes Büro
 - Antifa-Zentrum

ANZEIGE

Strassencafé



Tel. 0231/104916 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4400 Dortmund 1

Dülmen
 - Vollkörnchen
 - Grünes Büro

Münster
 - Cafe Malik
 - Cafe Prütt
 - Frauenstr. 24
 - Litfaß
 - Themroc
 - Blechtrommel

Herten
 - Büchereule
 - Grünes Büro

Witten
 - "Dritte Welt"
 und Buchladen

EINLEITUNG

Zwei antifaschistische Demonstrationen stehen an, einmal am **5. Mai in Düsseldorf**, zum anderen am **12. Mai in Frankfurt**. Wir hoffen natürlich, daß beide möglichst gut besucht sein werden, auch wenn zur Zeit das Klima für demokratische und antifaschistische Aktivitäten aus bekanntem Grund nicht gerade freundlich ist in "unserm Land".

Dennoch: Auch unter der gewaltigen Woge des "Einig Vaterland" wird Widerstand spürbar: Widerstand zum einen in der DDR gegen die großangelegte "**Verkohlung**", Widerstand in der BRD gegen das **neue Ausländergesetz** und gegen **faschistische Auftritte von FAP, NPD und REPs**. Wohl wichtigster Erfolg in den letzten Tagen: Die Verhinderung der Veranstaltung mit **Schönhuber** in **Aachens Eurogreß**.

Aber auch die Verhinderung des **FAP-Bundesparteitags** in **Doveren b. Hückelhoven** ist bemerkenswert.

Angesichts der Fülle der Themen fiel es uns in dieser Ausgabe schwer, die richtige Auswahl zu treffen.

Besonders erwähnenswert scheint uns die Initiative Recklinghäuser AntifaschistInnen, die eine **antifaschistische Städtepartnerschaft** mit der Partnerstadt Recklinghausens in der DDR, **Schmalkalden** im Thüringer Wald, begründen wollen. Sicher, auch auf Ostermärsche und den 1. Mai hätten wir eingehen können - aber, wie gesagt, alles ging nicht.

In den kommenden Ausgaben werden wir jetzt regelmäßig antifaschistische Zeitschriften vorstellen, in dieser Ausgabe die "**ANTIFA' CTS**" aus Witten.

Und zum Schluß erneut **in eigener Sache**:

Wir haben erfolgreich begonnen, unser Vertriebs- und Finanzwesen zu restaurieren, es bleibt aber immer noch viel zu tun. Unsere Bitte an alle:

Bezahlt Eure Abos, rechnet Eure Anzeigen ab, werbt neue Leser für die **Anti-faZ**, richtet neue Verkaufsstellen ein, auf daß die Zeitschrift bald wirklich im gesamten Ruhrgebiet und darüber hinaus bekannt und gelesen wird.

Mit antifaschistischen Grüßen

Eure

AntifaZ-Redaktion

ANTIFASCHISTISCHE STÄDTEPARTNERSCHAFT

RECKLINGHAUSEN (BRD) UND SCHMALKALDEN (DDR)

Während in den vergangenen Wochen Vertreter von Unternehmen, Unternehmensberater, Delegationen aus Kommunen und alles mögliche Gesindel, welches sich ein schnelles Geschäft verspricht, in der DDR eifrig herumreist, tun sich Linke, Demokraten und Antifaschisten schwer, in der DDR Kontakte anzuknüpfen. Vertreter der AntifaZ reisten nun am Wochenende vor Ostern gemeinsam mit H. Bogdal nach Schmalkalden im Thüringer Wald, der Partnerstadt Recklinghausens.



Spätestens seit der Veranstaltung mit Vertretern des **Neuen Forum** aus Schmalkalden in Recklinghausen (siehe Bericht in dieser Ausgabe) war für uns klar, daß neben den "hochhoffiziellen" Kontakten und den "Wirtschafts"-Beziehungen auch eine **Städtepartnerschaft von unten** entstehen muß, die ein demokratisches Gegengewicht entwickeln kann. Schon seit geraumer Zeit erhielt **Hermann Bogdal** Informationen aus Schmalkalden, die auf Versuche hindeuteten, die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand gegen aktuelle Bestrebungen wachzuhalten. Hierbei ging es insbesondere um das Erinnern an den Schmalkaldener Antifaschisten **Ludwig Pappenheim**, woran auch wir Recklinghäuser AntifaschistInnen ein großes Interesse haben.

Hatten wir anfangs noch die Hoffnung, daß auch innerhalb der offiziellen Kontakte der antifaschistische Gedanke wachgehalten würde, sahen wir uns genötigt zu erkennen, daß hier kaum viel zu hoffen war.

Der Gedanke, daß z.B. auch in Recklinghausen an Ludwig Pappenheim erinnert wird, bleibt vorerst Zukunftswunsch.

Also müssen wir die **antifaschistische Städtepartnerschaft** selbst in die Hände nehmen:

Also fuhr eine kleine Delegation von Recklinghäuser Antifaschisten nach Schmalkalden und führte dort erste Gespräche mit einer Reihe Schmalkaldener BürgerInnen. Diese gehören einer Gruppe von Menschen an, die in Schmalkalden einen **Bund der Antifaschisten** aufbauen wollen.

Über Jahre galt es in der DDR als nicht mehr notwendig, eigene Antifaschistische Organisationen zu gründen, inzwischen ist aber insbesondere nach dem verstärkten Auftauchen von Neofaschisten auch in der DDR bei manchen der Wunsch entstanden, dagegen politisch aktiv zu werden.

Die Menschen, mit denen wir sprachen, waren überwiegend Mitglieder der PDS, außerdem Parteilose und ein Vertreter des Neuen Forums.



Mit ihnen führten wir ein ausführliches Gespräch in der Gruppe und weitere Gespräche mit einzelnen. Die Eindrücke aus diesen Gesprächen waren äußerst interessant und vielschichtig, insbesondere in dem Gespräch mit der gesamten Gruppe wurde in großer Offenheit versucht, über die Fehler der Vergangenheit, die aktuelle Situation und mögliche Zukunftsperspektiven zu diskutieren. Besonders beeindruckt haben uns hierbei die beiden Söhne Ludwig Pappenheims, Kurt und Georg, sowie Dr. Hilmar Römhild, der ehemalige Vorsitzende des Schmalkaldener Kulturbundes. Auch unser Freund Andras Trappe vom Neuen Forum, den wir schon auf der Recklinghäuser Veranstaltung kennengelernt hatten, beteiligte sich mit großer Lebhaftigkeit an dem Gespräch.

Die Ergebnisse zusammenzufassen, fällt einigermaßen schwer. Insbesondere bei den PDS-Mitgliedern fiel uns das Bestreben auf, in der nächsten Zukunft möglichst "bescheiden im Hintergrund" zu bleiben, das Gefühl für die Verantwortlichkeit gegenüber Schuld und Fehlern der SED war unverkennbar. Daneben verspürten wir aber auch bei allen unserern Gesprächspartnern das Bestreben, den Lügen und Falschmeldungen über die DDR entgegenzutre-

ten. In Schmalkalden konnten wir uns überzeugen, daß keineswegs alle Häuser baufällig sind, daß in den vergangenen Jahren ein riesiges Kontingent neuer Wohnungen gebaut worden ist, daß auch in der Schmalkaldener Altstadt neue Häuser im traditionellen Stil gebaut wurden, daß auch im Straßenbau kleine Erfolge erzielt worden sind. Einhelliger Tenor jedoch bei allen Gesprächsteilnehmern: All das reichte nicht, um die BürgerInnen zu einer tatsächlichen Identität mit dem SED-Regime zu gewinnen, die **grundlegenden** Mängel des **bürokratisch-diktatorischen** Regimes, insbesondere der völlige wirtschaftliche Niedergang, das umfassende Stasi-Spitzelwesen bei gleichzeitiger Korruptheit vieler Bonzen, all dies und vieles mehr wurde in dem Gespräch schonungslos benannt. Auf diesem Hintergrund wird die tiefgehende Verunsicherung der PDS-Mitglieder und die berechtigte Skepsis etwa von Vertretern des Neuen Forum gegenüber der PDS, auch gegenüber Versuchen, erneut antifaschistische



Bündnisse herzustellen, verständlich. Dennoch war unser hauptsächlichster Eindruck: Alle, mit denen wir sprachen, versuchen mit großer Ernsthaftigkeit, sich den kommenden Aufgaben zu stellen. Die PDS-Mitglieder, die **wir** kennengelernt haben, sind keine "Wendehälse", sondern demokratische SozialistInnen, die von tiefem Schuldbewußtsein geprägt sind, ohne aber zu resignieren oder sich ständig an die Brust zu schlagen. Vielmehr vermittelten sie uns den Eindruck, daß sie mit großer Nachdrücklichkeit und viel Nachholbedarf an Diskussion über die Zukunft und über neue sozialistische Vorstellungen und Inhalte nachdenken wollen.



Insbesondere in dem Wunsch, die antifaschistische Tradition auf der Ebene der Städtepartnerschaft zwischen Schmalkalden und Recklinghausen wachzuhalten und zu entwickeln, haben wir mit ihnen völlige Übereinstimmung. Auch ein sich entwickelnder Erfahrungs- und Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen des Neo-Faschismus in der DDR und der BRD ist geplant.

Weitere gegenseitige Besuche werden folgen.

Wir Recklinghäuser Antifaschisten haben großes Interesse an dem umfangreichen Dokumenten-Material, das die Söhne Ludwig Pappenheims gesammelt haben: Auf dieser Basis wird unter Federführung von Hermann Bogdal der Versuch unternommen, einen Unterstützerkreis zu finden, um eine umfangreiche Buchveröffentlichung über **Ludwig Pappenheim** zu erstellen.

Daneben gibt es zahllose weitere Ideen; so werden in den kommenden Ausgaben der **AntifaZ** auch Artikel von Schmalkaldener AntifaschistInnen erscheinen. Die **AntifaZ** wird dann auch in Schmalkalden zum Verkauf ausliegen, wodurch ebenfalls ein kleiner Beitrag zu der beginnenden antifaschistischen Städtepartnerschaft geleistet werden kann.

Fazit:

Wir meinen, daß dieser erste Besuch Hoffnung gemacht hat, Hoffnung darauf, daß Menschen in der DDR und der BRD anfangen werden, **gemeinsam** gegen die "Großdeutschlandpläne", gegen Rassismus, Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit zu wirken.



EIN SOHN DES VOLKES - LUDWIG PAPPENHEIM

Am Wochenende vor Ostern besuchten Vertreter des Antifaschistischen Bundes Recklinghausen und der AntifaZ gemeinsam mit Hermann BOGDAL die Partnerstadt Recklinghausens in der DDR. Dies ist seit kurzem die Stadt Schmalkalden im Thüringer Wald (ein ausführlicher Bericht über diese Fahrt an anderer Stelle dieser Ausgabe). Hermann Bogdal untersucht schon seit einiger Zeit das Leben des Schmalkaldener Antifaschisten Ludwig Pappenheim; für die AntifaZ schrieb er folgenden Bericht:

Ein Sohn des Volkes sollte er sein-wird er es bleiben ?



Wer durch Berichte über die eingeleitete Partnerschaft zwischen Schmalkalden in Thüringen (DDR) und Recklinghausen ermuntert oder aus anderen Gründen Schmalkalden besuchen möchte, sollte es nicht unterlassen, sich über die antifaschistische Vergangenheit dieser reizvollen Stadt und seiner BewohnerInnen zu informieren.

Dieser Besuch sollte aber möglichst bald geschehen, denn schon drängen mit der zu begrüßenden Wende in der DDR, eher noch durch sie freigespült, politische Ansichten an die Oberfläche, die eigentlich als überwunden galten: es

wird versucht, Leitbilder des antifaschistischen Widerstands aus dem Blickfeld zu verdrängen und mahnende Erinnerungen verblassen zu lassen.

Was nun die Partnerstadt Recklinghausen betrifft, so tun sich unsere BürgerInnen und die gewählte Stadtvertretung schwer damit, ja, man spürt den Widerwillen, dem Widerstand gegen die nazistische Terrorherrschaft und deren blutigem Verfolgungswahn Gedenkstätten einzuräumen, um ihm in den Herzen, vor allem der Jugend, einen festen Platz zu geben.

Im folgenden soll von einem Bürger der Stadt Schmalkalden gesprochen werden, der für alle BewohnerInnen dieser Stadt zu einem Symbol des antifaschistischen Widerstands geworden ist, dessen Symbolkraft jetzt gebrochen werden soll, wenn es nach dem Willen verschiedener politischer Kräfte geht.

Wer war Ludwig Pappenheim ?

Ludwig Pappenheim war gebürtig in Eschwege, Regierungsbezirk Kassel. Im Auftrage seiner Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), wurde er in Schmalkalden tätig.

Hier wurde er zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Er gründete 1919 mit seinen GenossInnen und FreundInnen die Zeitung der Partei, "Die Volksstimme", deren Redakteur er wurde. Spenden der Arbeiter und sein Erbe, das er mit einbrachte, ermöglichten die Herausgabe der Zeitung. Ludwig Pappenheim wurde als Stadtverordneter und Abgeordneter für den Kreistag gewählt.

Sein Kampf diente dem arbeitenden Volk. Er stellte sich entschieden gegen Krieg und Faschismus. So war er 1918 an der Herausgabe von Flugblättern beteiligt, unter der Überschrift "Kameraden, erwacht !" heißt es in einem dieser Flugblätter:

"Die Erde scheint nichts weiter als ein riesengroßer Mordplatz! Alle Schuld an dem rasenden Völkermorden trägt das System der kapitalistischen Ausbeutung der Massen durch eine Minderheit Kapitalsbeherrscher."



Widerstand gegen den Faschismus

Zu Beginn des Jahres 1933, wenige Wochen, nachdem den Nationalsozialisten die Staatsmacht übergeben worden war, wurde Ludwig Pappenheim von den Faschisten in Haft genommen. Das gleiche Schicksal mußten seine beiden jungen Söhne erleiden, die in das KZ-Lager Buchenwald überführt wurden.

Der Schmalkaldener Nazibürgermeister hatte den Schergen mit auf den Weg gegeben, Ludwig Pappenheim dürfe das KZ-Lager nie mehr verlassen. So geschah es auch.

Mit anderen Gegnern des Naziregimes verbrachte er viele Monate im Konzentrationslager Breitenau bei Kassel. Im Oktober 1933 wurde er mit weiteren Antifaschisten in eines der berühmtesten KZ-Lager des Emslandes, in das Lager V Neusustrum gebracht und somit den Nazischergen ausgeliefert.

Am 4. Januar 1934 wurde Ludwig Pappenheim nach einem vorbereiteten Plan draußen im Moor, so wie es gefordert worden war, erschossen. Die offiziell verbreitete Darstellung lautete wie in den anderen Mordfällen: "Auf der

Flucht erschossen". Einem weiteren Antifaschisten, August Henning, Mitglied der KPD aus Danzig, aktiver Teilnehmer am Matrosenaufstand 1918 und Stadtverordneter der KPD, wurde an diesem Tag ein gleiches Ende bereitet.

Ludwig Pappenheim war 49 Jahre, sein Leidensgefährte 39 Jahre alt. Am gleichen Tag, als die Morde ausgeführt wurden, gab die Kommandantur des KZ-Lagers zu dem Tod der beiden politischen Häftlinge die folgende Erklärung:

Kommandantur
der staatl. Konz.-Lager.
Regeb. Nr.

Papenburg, den 4. Januar 1934.

An den
Herrn Oberpräsidenten der Provinz Hannover
in
Hannover

(Eingangsstempel: Regierung Osnabrück 9. Jan. 1934)

Betrifft: Erschiesung zweier Schutzhaftgefangener des Lagers V Neusustrum.

Bezug: Ohne Vorgang.

Die Häftlinge Ludwig Pappenheim, geboren am 17. 3. 83 in Eschwege, (S.P.D.-Redakteur) und August Henning, geboren am 29. 12. 96 in Groß-Saalau/Danzig, (K.P.D.-Gemeindevertreter) waren am 4. 1. 1934 auf Arbeitskommando in der Nähe des Lagers V beschäftigt.

Das Arbeitskommando arbeitete an dem sogenannten „Ostgraben“, der sich vom Lager V in westlicher Richtung nach der holländischen Grenze hinzieht, von welcher sie etwa 800 mtr. entfernt waren. Die Wachmänner Johann S. und Robert B. hatten die Aufsicht an dieser Arbeitsstelle. Die Posten standen zirka 30 mtr. auseinander. Gegen 12 Uhr sahen beide Posten wie die Häftlinge Henning und Pappenheim ihren Arbeitsplatz verließen und in Richtung auf die holländische Grenze flüchteten. Dem Anruf: „Halt! Stehenbleiben!“ leistete keiner von beiden Folge. Die Posten gaben je einen Schreckschuss und dann je einen scharfen Schuss ab. Es wurde erst der Häftling Pappenheim, dann der Häftling Henning getroffen. (Entfernung 80-90 mtr.) Pappenheim erhielt einen Brustschuss mit Einschuss im Rücken und Henning einen Brusthalsschuss mit Einschuss in der linken Schulter. Beide Schüsse wirkten sofort tödlich.

In Vertretung:

Bergmann

U dem Herrn Regierungspräsidenten in Osnabrück
Vorstehende Abschrift mit der Bitte um Kenntnisnahme.

I. V.
Bergmann

Wenige Tage später brachte eine Tageszeitung des Emslandes eine Meldung, die sich auf die Erklärung der KZ-Lagerleitung stützte. Darin heißt es:

"Auf der Flucht erschossen. Papenburg. Das frühere langjährige sozialdemokratische Mitglied des Kasseler Kommunal-Landtages und Redakteur der sozialdemokratischen "Volksstimme" in Schmalkalden Ludwig Pappenheim, der sich in einem Konzentrationslager an der holländischen Grenze befand, ist dort bei einem Fluchtversuch erschossen worden."

Ludwig Pappenheim und sein Leidensgefährte August Henning waren tagelang zuvor besonders brutalen Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Beide wur-

den am Mordtag ins Moor von einem Dreierkommando hinausgeführt und dort erschossen. Pappenheim erlag einem Brustschuß und Henning einem Schuß in den Rücken. Auch die Bestimmung der Wachmänner, die sie begleiteten, war keine zufällige.

Bericht eines Kampfgefährten

Über seine letzte Begegnung mit Ludwig Pappenheim im KZ-Lager Breitenau schreibt ein Kampfgefährte:

"Wenn die faschistische Gewaltherrschaft zerschlagen ist, dann darf es in Deutschland niemals wieder eine gesplattene Arbeiterklasse geben. In Sträflingskleidung zwischen den Mauern des KZ Breitenau drückten wir uns fest die Hände, der Sozialdemokrat Pappenheim und ich, der Kommunist Hugo Herber, und leisteten den Schwur, niemals wieder getrennt zu marschieren. Genosse Pappenheim sagte dabei auch: "Lieber lasse ich mich totschiessen, bevor ich diesen Schwur breche."

Die Erinnerung wachhalten

Der Thüringische Landtag hatte 1945 beschlossen, dem Schmalkaldener Orts- teil Klein-Schmalkalden den Namen "Pappenheim" zu geben. Eine Entscheidung, die Zustimmung bei den Bewohnern erhielt. Im Kreis Schmalkalden gibt es Straßen und Plätze, die diesen Namen führen. Auf dem Friedhof in

Eine Schule in Schmalkalden erhielt 1988 den Namen "Ludwig Pappenheim".
Jedoch-wird die Erinnerung wachgehalten ?

Diese Frage wird nicht nur in Schmalkalden angesichts einer Entwicklung erhoben, bei der sowohl die antifaschistische Tradition, ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, als auch die Leitbilder der revolutionären Kämpfe der Arbeiterbewegung Gefahr laufen, aus dem Bewußtsein verdrängt zu werden.

Denn schon regen sich Stimmen, wie in dem heutigen Pappenheim, diesen Namen zu löschen, um wieder zu "Klein-Schmalkalden" zurückzukehren. Ende Februar des Jahres wurde in der Gemeinde Pappenheim eine Abstimmung vorgenommen, bei der sich rund 70 Prozent der 1540 Personen, die sich an der Abstimmung beteiligten, für eine Änderung des Namens entschieden. Nun soll eine Parkanlage den Namen Pappenheim tragen.

In der öffentlichen Auseinandersetzung über die Initiative des "Runden Tisches", von der die Abstimmung ausging, sei abschließend eine Leserschrift (auszugsweise) wiedergegeben: "Eine seltsame Allianz von "Revolutionären", die echte Probleme der Bevölkerung nicht lösen,... Ihnen paßt es nicht, daß die Gemeinde den Namen des sozialdemokratischen Antifaschisten Ludwig Pappenheim trägt. Schönhuber drängt in der DDR auf Ausbreitung, und diesen "Volksbefragern" fällt in dieser Zeit nichts Besseres ein, als Ludwig Pappenheim unter dem Vorwand von neuer Demokratie und Freiheit zu entehren."

Antifaschistische Städtepartnerschaft

Partnerschaftliche Hilfe und Unterstützung jenen in Schmalkalden, die sich um die Erhaltung der wertvollsten Abschnitte ihrer Geschichte bemühen. Dort, wo die Tradition der Arbeiterbewegung, die des antifaschistischen Widerstandskampfes zurückgedrängt wird, dort wird der Raum freigemacht für Nationalismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Faschismus.
(Hermann Bogdal)



Schmalkalden wurde ein Denkmal errichtet, das an die ermordeten Antifaschisten und Widerstandskämpfer Ludwig Pappenheim und Hermann Danz erinnert.

ERFOLGREICHE VERHINDERUNG

DES FAP-BUNDESPARTEITAGS

Wie in der AntifaZ angekündigt, sollte am 10. März in der Nähe von Hückelhoven der Bundesparteitag der faschistischen FAP stattfinden. Dies ging für die Faschisten diesmal gründlich daneben—das Faschistentreffen wurde erfolgreich verhindert. In Doveren, einem Dörfchen etwa 4 km entfernt von Hückelhoven, wollten die Faschisten in einer biedereren Dorfgaststätte ihren Bundesparteitag durchführen. Nahezu 800 aus ganz NRW angereiste AntifaschistInnen waren dagegen.

Schon knapp 14 Tage vorher war ein internes Schreiben der FAP bekannt geworden, in welchem noch zu einem "konspirativen" Einweistungstreff am Ortseingang von Hückelhoven aufgerufen wurde.

Kurz darauf wurde auch der geplante Versammlungsort, das Lokal in Doveren, bekannt. Daraufhin organisierten die VVN/BdA, die Falken und gewerkschaftliche Kräfte erste Pressekonferenzen, auf denen gegen den geplanten Bundesparteitag protestiert wurde. Die Wirtin der Gaststätte versuchte, den Vertrag mit der FAP zu kündigen, dies wurde ihr durch eine einstweilige Verfügung verwehrt.

In der Zwischenzeit wurde landesweit mobilisiert, um durch eine möglichst große Zahl von AntifaschistInnen den Parteitag zu verhindern.

Dies Ziel hatten sich die örtlichen Kräfte der Falken und der Gewerkschaften offensichtlich **nicht** gesetzt.

Für 10.00 Uhr hatte man zu einer Kundgebung in Hückelhoven aufgerufen, die ausdrücklich **nicht** dazu aufrief,



nach Doveren zu ziehen und dort vor Ort gegen den Parteitag anzugehen.

Allerdings scherten sich eine ganze Reihe von Falken und jüngeren GewerkschafterInnen nicht darum, was ihre (ängstlichen) Oberen meinten, und zogen anschließend nach Doveren, wo ab etwa 11.00 Uhr sich dann zeitweilig bis zu 800 Leute versammelten, der größere Teil von ihnen gehörte dem autonomen Spektrum an.

Von Anfang an war die Stimmung optimistisch:

War doch schnell klar, daß sich die Faschisten eine taktisch mehr als ungünstig gelegene Lokalität ausgesucht hatten. Das Lokal lag derart zurückgelegen im Ortskern, daß es nur auf zwei schmalen Zufahrtssträßchen erreichbar war.

Diese waren nun früh von der Polizei dichtgemacht worden. Vor den beiden inneren Polizeiketten sammelten sich dann auf beiden Seiten etwa 400 AntifaschistInnen, so daß der innere Ortskern fast hermetisch abgeriegelt war. Erst spät erkannte

wohl die Polizeiführung, daß sie im Grunde alle äußeren Zufahrtsstraßen hätte absperren müssen, wenn sie eine direkte Konfrontation mit den AntifaschistInnen verhindern wollte. Nachdem der innere Bereich durch die AntifaschistInnen weitgehend dicht war, hätte der Parteitag tatsächlich nur durch massive Polizeigewalt durchgesetzt werden können: Die Polizei hätte die Leute aus Doveren heraustreiben müssen und quasi alle Zufahrtsstraßen zum Sperrgebiet erklären, auf denen dann die Faschisten unter Geleitschutz von den verschiedenen Seiten herangeleitet worden wären.

Das wollte die verantwortliche Einsatzleitung an diesem Tag wohl nicht riskieren.

Also erklärte sie den Bundesparteitag kurzerhand für undurchführbar und wies die anreisenden FAP-Faschisten teilweise schon auf der Autobahn zurück. In Doveren selber wurde nur eine vierköpfige Gruppe von FAP-Skins gesichtet, die aber ebenfalls schon an der äußeren Polizeikette zurückgewiesen wurde. Die anwesenden AntifaschistInnen vertrauten selbstverständlich nicht blind den Polizeiaussagen, die gegen 12.30 gemacht wurden, daß keine FAP-Leute mit Gewalt durch die Demonstranten hindurch befördert würden. Auch wurde zeitweilig das Gerücht laut, daß sich die FAP in der Nähe an einem Ersatzort treffen würde. Die anwesenden Mitglieder des antifaschistischen Motorradclubs

"Kuhle Wampe" waren ständig unterwegs, das Gerücht bestätigte sich allerdings nicht.

Gegen 15.00 löste sich die Aktion dann langsam auf, alle machten sich auf den Heimweg.

Die Dorfbewohner, insbesondere die Älteren, atmeten auf. Gespräche mit einzelnen zeigten, daß wohl die meisten nicht informiert waren, wer an diesem Tag den Ort "besuchen" wollte und auch nicht darüber, wer die überwiegend schwarz gekleideten Leute waren, die sich dort versammelt hatten. Dies wohl auch ein Mangel: Mal wieder wurde getrennt: Die "politische" Kundgebung in Hückelhoven, die "militante" Aktion in Doveren. Als solche wurde diese dann auch anschließend in den Radionachrichten völlig ver-

stentreffens berichtet.

Fazit: Die Verhinderung war ein wichtiger Erfolg. Angesichts der zunehmenden Legalisierung der augenblicklichen faschistischen Tätigkeit ist dies mehr als hoch einzuschätzen. Sie zeigt zudem, daß der Polizeiapparat noch keineswegs völlig einheitlich ist, was die Niederknüpfung jeglichen antifaschistischen Widerstands betrifft. Sie sollte uns aber keineswegs zu dem Glauben verleiten, daß ein Vorgehen der Polizei wie in Hückelhoven/Doveren in Zukunft die Regel sein wird. Im Gegenteil, wenn es uns nicht gelingt, bei größeren Fa-



fälschend dargestellt: "Steinwerfende Chauten hätten die Polizei dazu gezwungen, den FAP-Parteitag aus Sicherheitsgründen abzusagen", so der Tenor der knappen Berichterstattung, die zudem nur kurze Zeit danach geliefert wurde, während später weder Fernsehen noch Zeitungen über die Verhinderung des Faschi-

schistentreffen auch größere Zahlen von AntifaschistInnen zu mobilisieren, die bereit sind, die Versammlungsorte der faschistischen Treffen zu blockieren, wird in Zukunft jedes Faschistentreffen als legal und völlig normal durchgehen.

AKTIONEN GEGEN DAS AUSLÄNDERGESETZ

Bis zum 13. Mai will die Bundesregierung den Kabinettsentwurf zum neuen Ausländergesetz - vorgelegt am 13. Dezember - verabschiedet haben. Am 27. April soll der Bundestag den jetzt noch einmal mit Änderungen versehenen Entwurf verabschieden, am 11. Mai tagt der Bundesrat und soll seine Zustimmung geben. Damit soll in einem Schnellverfahren wie kaum zuvor in der westdeutschen Rechtsgeschichte ein Gesetz durchgepeitscht werden, das die Massenabschiebung von AusländerInnen erleichtert, weiteren Zuzug verhindert und AusländerInnen jegliche politische Betätigung verbieten kann.

In den letzten Wochen haben in vielen Städten Informationsveranstaltungen und Protestaktionen stattgefunden bzw. sind noch geplant. Wir dokumentieren eine kleine Auswahl:

Hamburg

Am 27. März fand im Gewerkschaftshaus eine Informationsveranstaltung mit über 200 vorwiegend ausländischen TeilnehmerInnen statt. Eingeladen hatte die IG Metall und die Zentralstelle für ausländische ArbeitnehmerInnen des DGB. Zu Beginn der Veranstaltung wurden in Kurzreferaten die wesentlichen Verschärfungen des Ausländergesetzentwurfs zusammengefaßt. Der IGM-Vertreter kritisierte den Entwurf als nationalistisch und arbeitsmarktorientiert. Er griff insbesondere die Einführung des Rotationsprinzips und die Verknüpfung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis an. Über die zunehmenden Schwierigkeiten für AusländerInnen, Wohnungen zu finden bzw. zu behalten, berichtete eine Personalratsvertreterin der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (BJS). Sie würden bei Verabschiedung des Entwurfs wegen "unzureichendem Wohnraum" (§ 17) oder "Obdachlosigkeit" (§ 46) sofort

ausgewiesen werden können.

Bielefeld

Am 1.3.90 hat der gewerkschaftliche Vertrauenskörper bei Mannesmann-Röhrenwerke folgende Resolution verabschiedet, die an die Bundestagsabgeordneten gerichtet ist: "Der Gesetzentwurf betrachtet AusländerInnen ausschließlich nach ihrer Nützlichkeit auf dem Arbeitsmarkt. Ein ausländischer Arbeitnehmer, der 20 Jahre in der BRD gearbeitet hat, wird z.B. entlassen. Der Gesetzentwurf sieht vor, diesen Menschen für den Fall auszuweisen, daß er Sozialhilfeempfänger wird. Der neue Gesetzentwurf bringt für die ausländischen KollegInnen keine Sicherheit, sondern schafft Unsicherheit! Er betrachtet AusländerInnen nach ihren Wohnverhältnissen. Wird im Bundestag darüber nachgedacht, wie die Benachteiligung von AusländerInnen bei Vermietern verhindert werden kann? Oder sagt man, daß sie verantwortlich sind für die Wohnungsnot?

Warum sollen sie nach dem Gesetzentwurf dafür bestraft werden, daß sie keine geeigneten Wohnungen finden können(...)?

Wir wenden uns gemeinsam an Sie! Wir hoffen, daß Sie unser Anliegen ernst nehmen und sich damit beschäftigen. Wir hoffen, daß Sie im Bundestag gegen den Gesetzentwurf auftreten."

Essen

Etwa 250 Leute beteiligten sich am 29.3. an einer Demonstration der Initiative gegen die Novellierung des neuen Ausländergesetzes. Die Demonstration führte vom Kurienplatz zum Rathaus, wo zur gleichen Zeit eine Tagung der Ausländerbeiräte NRW stattfand, auf der über die neuen Gesetzesvorhaben debattiert wurde. Mit einem Büchertisch, Flugblättern und mehreren Kundgebungen informierte die Initiative die deutsche Bevölkerung. Die Initiative fordert die Rücknahme des neuen Ausländergesetzes und die Vorbereitung eines neu-

en Gesetzes unter Beteiligung der Betroffenen, in dem ein Niederlassungsrecht für hier lebende ausländische MitbürgerInnen anerkannt wird. Bis Ende April sammelt die Initiative in Essen Unterschriften.

Weinheim

An Veranstaltungen des **Antifaschistischen Aktionsbündnisses** gegen die Verschärfung der Ausländergesetzgebung nahmen ca. 80 Personen teil. Auf einer Podiumsdiskussion zum Thema "Ist die Ausländerpolitik von Regierung und Kommunen rassistisch?" sprachen VertreterInnen des DGB-Ausländerausschusses, der AWO, von

amnesty international u.a. Sie wandten sich "gegen eine Regierungspolitik, die die Bevölkerung in unterschiedliche Gruppen einteilt, mit unterschiedlichster Rechtsstellung für "bessere" und "schlechtere" Menschen, für "Deutsche" und "Undeutsche". Daß die BRD Einwanderungsland ist und bleiben werde, war unumstritten.

Bonn

Am 24. März demonstrierten 800 Leute in Bonn gegen das geplante Ausländergesetz, hierzu hatte eine Aktionseinheit aus türkischen, kurdischen und westdeutschen Organisationen aufgerufen. Während

sich die Abschlußkundgebung auflöste, sah sich die Polizei in der Lage, noch eine Provokation zu starten: sie stellte die Personalien von vier Leuten fest und beschlagnahmte ein Transparent, das bereits auf der Demonstration gegen die Wiedervereinigung am 19. März in Köln getragen worden war. Das künstlerisch gestaltete Transparent hat die Losung "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" und zeigt ein Skelett, das anstelle des Herzens ein Hakenkreuz hat. Dies nahm die Polizei zum Vorwand:

Sie behauptete, das Transparent verwende verbotene faschistische Symbole.



Am Samstag, den 24. März 1990 demonstrierten in Bonn ca. 800 Menschen gegen den Ausländergesetzentwurf der Bundesregierung.

NEIN ZUM NEUEN AUSLÄNDERGESETZ

Obwohl gegenwärtig die politischen Mauern wegfallen und die Menschen zueinander finden, baut die deutsche Bundesregierung mit dem "Entwurf für ein neues Ausländergesetz" neue Mauern gegenüber den AusländerInnen.

Bereits 1983 hat Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung verkündet, daß er bis 1990 die Zahl der AusländerInnen halbieren werde.

Der in diesen Tagen in der Öffentlichkeit als "liberal" und "modern" angepriesene Entwurf ist weder liberal noch modern.

DENN:

Die Aufenthaltsgenehmigung wird nach § 7 Abs. 2 in der Regel versagt, wenn:

1. ein Ausweisungsgrund vorliegt (z.B. Inanspruchnahme der Sozialhilfe)
2. der Ausländer seinen Lebensunterhalt...nicht aus eigener Erwerbstätigkeit, eigenem Vermögen oder sonstigen eigenen Mitteln...bestreiten kann, oder
3. der Aufenthalt des Ausländers aus einem sonstigen Grunde Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet.

Zudem kann wegen der gegenwärtig akuten Wohnungskrise der Ausenthaltsantrag eines Ausländers oder sein Anspruch auf Familienzusammenführung aufgrund nicht ausreichenden Wohnraums abgelehnt werden.

(§ 17, Abs. 4 und § 24, Abs. 1. Nr. 5)

Die Erteilung der **Aufenthaltsberechtigung** wird neben anderen Bedingungen in § 27 Abs. 1. Nr. 3 an die Voraussetzung gebunden, daß der Ausländer

"mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet hat."

Auch bei der Familienzusammenführung müssen die Ausländer, die seit mehr als 15 Jahren in Deutschland leben, und selbst die 650 000, die hier geboren und aufgewachsen sind, viele Hürden bewältigen. Alle bisherigen Reformvorschläge und auch die Praxis der Ausländergesetzgebung sind von dem

Grundsatz geleitet, daß nur derjenige Aufenthaltsanspruch hat, der arbeitet, aber nicht der, der wegen seiner (unfreiwilligen) Arbeitslosigkeit der Wirtschaft nicht dienlich ist. Diejenigen, die nicht arbeiten, stellen folglich eine Gefahr für die Belange der Bundesrepublik Deutschland dar.

Anzeige

Drübbelken

KNEIPE

GALERIE

RESTAURANT



Münsterstraße 5 · 4350 Recklinghausen · Tel.: (0 23 61) 2 34 93

Der große Teil der 2. und 3. Generation, deren Ausbildungsniveau durch die Bildungspolitik der BRD niedrig gehalten wird, wird als billige Arbeitskraft angesehen. Dementsprechend wird den 16 bis 21jährigen empfohlen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen (§ 85). Dieser Gesetzesentwurf, der uns AusländerInnen das Leben erschweren wird, überläßt den Ausländerbehörden viele Ermessensspielräume und sieht eine erhebliche Gebührenerhöhung für Amtshandlungen vor (§ 81).



Bei der Beantragung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und der Aufenthaltsberechtigung werden Gebühren in

Höhe von **250 DM** pro Person fällig. Für minderjährige Kinder wird die Hälfte der Gebühren erhoben. Bei einer fünfköpfigen Familie mit zwei minderjährigen Kindern würde eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis **1 000 DM** kosten. Gegenwärtig hätten nur die erwachsenen Familienangehörigen Aufenthaltserlaubnis zu beantragen und müßten pro Person nur **50 DM** Gebühr entrichten.

Dieser Neue Gesetzesentwurf wird Nationalismus und rassistische sowie faschistische Parteien fördern. Menschen nach Hautfarbe und Nationalität in Deutsche und Nicht-Deutsche sowie Europäer und Nicht-Europäer spalten. Dieser Angriff auf unsere Menschenrechte ist antidemokratisch.

Deshalb fordern wir:

- daß dieser Gesetzesentwurf und alle diskriminierenden Gesetze und Vorschriften aufgehoben werden!
- daß allen in diesem Land lebenden Menschen gleiche Rechte zuerkannt werden!
- daß allen politisch Verfolgten Asylrecht erteilt wird!
- passives und aktives Wahlrecht für Ausländer!

Komitee gegen den Entwurf für ein neues Ausländergesetz-Herne

Kontaktadresse: Paritätisches Zentrum, Plutostr. 4

Anzeige

SONNENBLUME

Groß & Reuter
SPRINGSTR. 2
RECKLINGHAUSEN
02361/13 927



- * Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau
täglich frisch: Obst und Gemüse
Brot
Milchprodukte
- * Naturkosmetik
- * Linn-Naturschuhe
- * Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

ZUM STAND DER AUSEINANDERSETZUNG UM DAS VERBOT FASCHISTISCHER ORGANISATIONEN

Etliche Gemeinderäte und Stadtverwaltungen haben in den letzten Jahren aufgrund der Bemühungen vieler antifaschistischer Kräfte in der BRD Beschlüsse gegen Organisationen wie die NPD, die FAP, die »Nationalistische Front« u.a. gefaßt, in denen sie ein Verbot dieser Organisationen fordern bzw. ihre Absicht bekunden, derartigen Organisationen keine öffentlichen Räume, Plakatflächen usw. mehr zur Verfügung zu stellen.¹

Die Aussichten, ein Verbot faschistischer Organisationen durchzusetzen, sind allerdings durch die Wahlerfolge insbesondere der sog. »Republikaner«, zuletzt bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, erheblich schlechter geworden. Hinzu kommt das Urteil des VGH Baden-Württemberg vom 25.4.1989.² Der VGH hat mit dieser Entscheidung die Berufung der Stadt **Mannheim** gegen ein Urteil des VG Karlsruhe vom 18.2.1988 zurückgewiesen, mit dem dieses den Beschluß des Mannheimer Gemeinderats vom 10.6.1987 in den wesentlichen Teilen für rechtswidrig erklärt hatte. Der Beschluß des Gemeinderats lautete:

»Der Gemeinderat der Stadt Mannheim betrachtet die Nationaldemokratische Partei Deutschlands als Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP. Der Gemeinderat fordert darum den Oberbürgermeister und alle zuständigen Stellen der Verwaltung auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um in Mannheim NPD-Parteitage künftig zu verhindern.

Die Verwaltung wird angewiesen, die Benutzung städtischer Räumlichkeiten oder Flächen durch die NPD, deren Gliederungen oder Mitglieder zu verweigern.

Der Oberbürgermeister als Oberste Polizeibehörde wird beauftragt, jedwede Werbung mit Nazi-ähnlichen Emblemen oder nationalistischen Parolen im Mannheimer Stadtbild zu verhindern. Die Mann-

heimer Stadtreklame GmbH wird angewiesen, derartige Werbeaufträge zurückzuweisen bzw. nicht auszuführen. In Verhandlungen mit den in Mannheim vertretenen Werbe-Gesellschaften ist zu versuchen, daß diese sich in gleicher Weise verhalten.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Mannheimer Hotel- und Gaststättengewerbe zu ersuchen, eventuelle Beherbergungs- oder Bewirtungsverträge mit der NPD, deren Gliederungen oder Mitglieder abzulehnen.

Der Oberbürgermeister als Oberste Polizeibehörde wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den staatlichen Polizeibehörden alles in seinen Kräften stehende zu tun, um in Mannheim Ruhe und Ordnung auch künftig zu gewährleisten.«

Bis auf den ersten und letzten Satz wurde dieser Beschluß durch den VGH für rechtswidrig erklärt. Die Weisung an den Oberbürgermeister, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen usw., verletze die »verfassungsrechtlich gewährleistete Gleichheit der politischen Parteien vor der öffentlichen Gewalt... Dieses Recht steht allen politischen Parteien zu, die nicht im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG vom Bundesverfassungsgericht verboten sind, also auch der NPD«. Zur Frage der unmittelbaren Anwendbarkeit des Art. 139 GG äußerte sich der Senat nicht. Ansonsten ging er von der herrschenden Meinung aus, daß die Rechtsvorschriften des Alliierten Kontrollrats durch sogenannte »Außerwirkamsatzung« nicht mehr anwendbar seien. Also insgesamt nichts neues? Die Konsequenz dieser Entscheidung lautet: Eine Gemeinde darf sich zwar politisch zur Frage äußern, ob sie eine Organisation für eine Nachfolgeorganisation der verbrecherischen NSDAP hält, muß aber im übrigen die Verbreitung faschistischer Ideologien dulden. Eine Durchsetzung

etwa der Nichtvergabe von öffentlichen Räumlichkeiten an faschistische Organisationen vor den Verwaltungsgerichten erscheint nach diesem Urteil noch aussichtsloser als bisher.

Zu Recht stellt der VGH Baden-Württemberg zwar in seinem Urteil darauf ab, »daß auch die von den Gemeinden ausgeübte öffentliche Gewalt die Bindung an Recht und Gesetz (Art. 20 Abs. 3 GG, Art. 25 Abs. 2 LVerf)« beachten muß, die Schlußfolgerungen daraus, daß (in diesem Fall!) der NPD das sog. Parteienprivileg des Art. 21 GG und der Grundsatz der Gleichbehandlung aus Art. 3 GG zugute kommen muß und daher der Beschluß des Mannheimer Gemeinderats vom 10.06.1987 in den wesentlichen Teilen rechtswidrig sei, sind jedoch nicht nachzuvollziehen. Das sog. Parteienprivileg und der Gleichbehandlungsgrundsatz werden damit einer Organisation zugesprochen, die programmatisch nachweisbar verbrecherische Ziele verfolgt, die einer weitgehenden internationalen Ächtung unterliegen. Der Senat hat es unterlassen, u.a. folgende Gesichtspunkte eingehend zu prüfen:



Daß auch die Gemeinden und die staatlichen Organe (z.B. auch Wahlausschüsse) Recht und Gesetz beachten müssen, kann nicht heißen, daß sie aus dem Umkreis der

Gesetze nur einige wenige bestimmte beachten müßten. Eines der hier in Rede stehenden Gesetze ist das Gesetz zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, das am 15.06.1969 in Kraft trat (BGBl. 1969 II 2211). Dieses Gesetz kam zustande durch Zustimmung des Bundestages zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Das Gesetz ist damit Bundesgesetz. In Art. 2 dieses Gesetzes ächtet die BRD die Rassendiskriminierung und verpflichtet sich, »Handlungen oder Praktiken der Rassendiskriminierung gegenüber Personen, Personengruppen oder Einrichtungen zu unterlassen und dafür zu sorgen, daß alle staatlichen und örtlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit dieser Verpflichtung handeln, ... eine Rassendiskriminierung durch Personen oder Organisationen weder zu fördern noch zu schützen noch zu unterstützen«. Art. 4 verurteilt »jede Propaganda und alle Organisationen, die auf Ideen oder Theorien hinsichtlich der Überlegenheit einer Rasse oder einer Personengruppe bestimmter Hautfarbe oder Volkszugehörigkeit beruhen oder die irgendeine Form von Rassenhaß und Rassendiskriminierung zu rechtfertigen versuchen«. Danach folgen Verpflichtungen zum Verbot derartiger Organisationen und zur Strafbarkeit von rassistischen Ideologien und Praktiken.

Schon in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 20.11.1963 hatte die Generalversammlung u.a. erklärt: »2. Kein Staat darf, sei es durch Polizeimaßnahmen oder auf andere Art und Weise, von Gruppen, Institutionen oder Einzelpersonen auf Grund der Rasse, der Farbe oder der ethnischen Herkunft gemachte Diskriminierungen ermutigen, anpreisen oder unterstützen.«

Die damalige Bundesregierung erklärte vor der Generalversammlung der UNO: »Die deutsche Regierung befindet sich mit den Zielen dieser Konvention in voller Übereinstimmung. Sie ist überzeugt, daß jede rassistische Überlegenheitsdoktrin moralisch falsch, ungerecht und gefährlich ist.«

Das Gesetz zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, das für alle staatlichen Organe, auch für die Kommunen, bindend ist, ächtet rassistische Auffassungen und verpflichtet alle staatlichen Organe, auch die kommunalen Behörden, jedwede Unterstützung, Duldung, Ermutigung oder Anprei-

setzung, daß es sich um eine politische Partei handelt. Zu den in Abs. 3 genannten Bundesgesetzen zählen alle diejenigen, die in irgendeiner Weise den Status politischer Organisationen regeln. Dazu gehört auch das genannte Gesetz zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Anders formu-



sung derartiger Auffassungen zu unterlassen. Das aber heißt u.a. nichts anderes, als daß derartige Auffassungen laut Gesetz ausdrücklich vom Grundsatz der Gleichbehandlung ausgenommen sind. Das ansonsten geltende Diskriminierungsverbot gilt für solche Auffassungen bzw. Organisationen nicht, weil die Völkergemeinschaft (und die BRD über das zitierte Gesetz) sie geächtet hat. Damit besteht eine (zumindest gesetzlich festgehaltene) Sperre gegen den Rückfall in faschistische Barbarei.

Zum zweiten hätte der VGH eingehender prüfen können, inwieweit solchen Organisationen wie der NPD das Parteienprivileg zukommt oder nicht. Denn Art. 21 GG, dessen Abs. 2 das Verbot »verfassungswidriger« Parteien ausschließlich über das Bundesverfassungsgericht vorsieht, bestimmt in Abs. 3, daß das Nähere über Status und Definition politischer Parteien sowie das Verbot »verfassungswidriger« Parteien durch Bundesgesetze zu regeln ist. Art. 21 hat zur Voraus-

setzung dafür, daß einer Organisation der Status der Rechtspersönlichkeit einer politischen Partei zukommt, ist auch und besonders, daß diese Organisation nicht Ideologien und Praktiken der Rassendiskriminierung vertritt. Denn die in diesem Gesetz ausgesprochene umfassende Ächtung derartiger Ideologien und Praktiken kann nicht dazu führen, daß einer Organisation, die derartig verbrecherische Ziele verfolgt, das Recht zustehen soll, legal zu bestehen.

Andererseits ist festzustellen, daß trotz derartiger Urteile etliche Gemeinden an ihrer bisherigen Praxis festhalten. Sie teilen die vom VG Frankfurt in seinen Beschlüssen vom 14.11.1985 und 9.1.1986 vertretene Auffassung, daß die Gesetzgebung des Alliierten Kontrollrats und die in diesem Zusammenhang auch von deutschen Behörden erlassenen Rechtsvorschriften offenbar »nicht nur die unmittelbare Liquidierung des Naziregimes, sondern die Überwindung des Nationalsozialismus auf Dauer« zum Ziel hatten und

haben.³

Hier einige Beispiele:

In seinem Beschluß vom 26.9.1985 forderte der Rat der Stadt **Dortmund** die Landesregierung auf, die FAP zu verbieten und ihr Büro zu schließen. In einem weiteren Beschluß vom 26.6.1986 beschloß der Rat (auf Anfrage der NPD), der FAP und NPD keine öffentlichen Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Die NPD klagte



gegen diesen Beschluß mit Erfolg vor dem VG Gelsenkirchen.⁴

Der Rat der Stadt **Essen** forderte mit Beschluß vom 25.2.1987 die Stadtverwaltung auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen NPD-Parteitag in Essen zu verhindern. Der Rat bezog sich dabei auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, in dem dieses erklärt hatte, die Zielsetzungen der NPD seien mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.⁵ In einem weiteren Beschluß vom 21.10.1987 (angenommen mit den Stimmen von SPD und GAL) forderte der Rat Verbot und Auflösung der FAP gem. Art. 139 GG. Weiter fordert er die Verwaltung auf, faschistische Propaganda konsequent strafrechtlich zu verfolgen und Informationsstände, Kundgebungen, Veranstaltungen neofaschistischer Gruppierungen zu verhindern. Anlaß für diesen Beschluß war ein Überfall auf das »Heinz-Renner-Zentrum« der DKP in Altendorf durch Mitglieder der FAP.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der CDU und infolge eines Bürgerantrags durch zahlreiche antifaschistische Organisationen gegen die Vermietung der Stadthalle an die NPD beschloß der Rat der Stadt **Gütersloh**

am 16.3.1987, ebenfalls an die NPD und andere neofaschistische Organisationen keine Räume mehr zu vermieten. Der Rat betrachtet die NPD, die DVU, die »Nationalistische Front« (NF), SS-Traditionsverbände u.a. als Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP.

Die Verwaltung der Stadt **Wuppertal** teilte in einer Stellungnahme an die Fraktion der Grünen am 4.10.1986 mit, daß sie sich der Rechtsauffassung des VG Frankfurt und der VVN angeschlossen habe und daher alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen wolle, um faschistischen Organisationen die Vergabe von öffentlichen Räumen zu verweigern.

Auch der Hauptausschuß des Rates der Stadt **Oberhausen** schloß sich am 2.3.1988 der Auffassung des Rates der Stadt Essen an. Vorausgegangen war ein mit rund 250 Unterschriften unterzeichneter Bürgerantrag.

Auch aus **Bottrop, Detmold und Aachen** liegen ähnliche Beschlüsse vor. Außerhalb Nordrhein-Westfalens liegen vor Beschlüsse des Gemeinderats in **Sindelfingen** vom 18.3.1986, des Gemeinderats in **Spaichingen** vom 11.1.1988 und des Stadtrats von **Augsburg** vom 21.10.1987, in denen ein Verbot einzelner oder verschiedener faschistischer Organisationen gefordert wird bzw. die Gemeinden sich weigern, öffentliche Räume an faschistische Organisationen zu vergeben.

Die Stadtverwaltung **Freiburg** gab per Presseerklärung vom 9.2.1988 aus Anlaß der Kandidatur der sog. »Republikaner« und der NPD zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg bekannt, daß sie deren Kandidatur bedaure, weil »führende Repräsentanten beider Parteien es an der notwendigen Distanz gegenüber neonazistischem Gedankengut fehlen lassen... Die Stadt wird deshalb alle ihr zustehenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um neonazistischen und neofaschistischen Gruppierungen städtische Räume zur Abhaltung von Wahlkundgebungen zu verweigern«. Aufgrund einer Aufsichtsbeschwerde der NPD forderte daraufhin das Regierungspräsidium Freiburg die Stadtverwaltung auf, in Zukunft derartige Erklärungen zu

unterlassen. Vorausgegangen waren dieser Presseerklärung u.a. Auseinandersetzungen um zwei Veranstaltungen der »Republikaner«. Von der Teilnahme an einer dieser Veranstaltungen im November 1987 waren Gegner dieser Organisation polizeilich ausgeschlossen worden (ein Verfahren vor dem VGH Baden-Württemberg gegen diesen Ausschluß ist derzeit noch anhängig).⁶ VVN, DKP, Volksfront u.a. hatten zudem die Mitglieder des Kreiswahlausschusses aufgefordert, gegen die Zulassung von NPD und »Republikanern« zur Landtagswahl zu stimmen.

In **Bielefeld** faßten der Rat der Stadt am 26.9.1985 und 16.2.1987 und der Hauptausschuß des Rates am 30.4.1987 Beschlüsse gegen faschistische Organisationen. Hintergrund dabei waren die jetzt schon jahrelangen Auseinandersetzungen um das Haus Bleichestr. 143, das der »Nationalistischen Front« gehört und sowohl zu Versammlungen genutzt wird als auch Ausgangspunkt verschiedener öffentlicher Provokationen der NF war und ist. Der Rat ist der Auffassung, daß Organisationen wie die FAP und die NF Nachfolgeorganisationen der NSDAP sind, ihnen daher das Parteienprivileg nicht zusteht und sie gem. Art.9 Abs. 2 GG i.V. m. dem Vereinsgesetz aufzulösen seien.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß es vor den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg in mehreren Wahlausschüssen zu Auseinandersetzungen um die Zulassung faschistischer Organisationen kam. In **Mannheim** stimmten die Vertreter von DKP und Grünen gegen die Zulassung der »Republikaner«. In **Heidelberg** stimmte der Vertreter der GAL gegen die Zulassung von »Republikanern« und NPD. Nach einer längeren Diskussion, initiiert durch die Alternative Linke Liste, die VVN, die DFU und die MLPD, im Wahlausschuß in **Stuttgart**, in deren Verlauf Mitglieder der »Republikaner« und der NPD gegen Art. 139 GG polemisierten, es handle sich bei dieser Bestimmung um antideutsches, ungültiges Besatzungsrecht, stimmte der Vertreter der Grünen ebenfalls gegen die Zulassung von

»Republikanern«, NPD und FAP. Im Kreiswahlausschuß in **Freiburg** stimmte der Vertreter der Grünen ebenfalls gegen die Zulassung der »Republikaner«. Und schließlich stimmten die Vertreter von Grünen und SPD im **Ulmer** Wahlausschuß gegen die Zulassung von NPD und »Republikanern«⁷

In diesem Zusammenhang sei schließlich darauf verwiesen, daß von Seiten antifaschistischer Kräfte in verschiedenen Gemeinden Initiativen für eine antifaschistische Kommunalpolitik ergriffen wurden. Nur zwei Beispiele: So fordert etwa ein Bürgerantrag vom September 1988 in **Wuppertal** vom Rat der Stadt ein antifaschistisches Kommunalprogramm, u.a. mit dem Ziel, den organisierten Zugriff des Neofaschismus auf bestimmte Zielgruppen zu unterbinden. Die intensive Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden, der Stadtverwaltung und dem Rat einerseits und außerparlamentarischen Initiativen, Eltern, Schülern und politischen Gruppen andererseits solle ein solches Programm möglich machen.⁸


Ein letztes Beispiel: In **Freiburg** haben nach den Kommunalwahlen 1989 die Linke Liste/Friedensliste, ein Personenbündnis verschiedener linker Gruppen, und die Grünen den Vorschlag zur Diskussion gestellt, im Gemeinderat einen beratenden Ausschuß zur Bekämpfung faschistischer Ideologien und Praktiken und jeder Form von Diskriminierung einzurichten mit dem Ziel, die Bekämpfung des Faschismus zur Aufgabe der Kommune zu machen. Dieser Vorschlag stützt sich u.a. auf die Bestimmung der badenwürttembergischen Gemeindeordnung, wonach die Gemeinde »in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner (§1 Abs. 2 GemO) fördert — ohne Unterschied der Herkunft — und daher Parolen wie »Deutsche Wohnungen zuallererst für Deutsche« dieser Bestimmung zuwiderlaufen.⁹

Die Durchsetzung des Verbots faschistischer Ideologien, Praktiken und Organisationen erfordert eine langjährige Kampagne, in der es nicht nur darauf ankommen wird,

die Inhalte faschistischer Programmatik einer eingehenden Kritik zu unterziehen, sondern vor allem darauf, konkrete eigene Perspektiven zu entwickeln für eine Gesellschaft, in der kein Platz für Faschismus ist, d.h. kein Platz für die Behandlung von Menschen als Sachen. Gerade die Entwicklung antifaschistischer Bündnisse auf kommunaler Ebene bietet die Chance, diese eigenen Perspektiven in direkter Auseinandersetzung mit dem Faschismus zu entwickeln. Wie soll eine Kommune aussehen, deren Tätigkeit sich an der Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung **aller** Einwohner orientiert, anstatt immer weiter zum Anhängsel einer weltmarktorientierten Konzernpolitik zu werden. Der historische Faschismus hat vorgezeigt, wohin letzteres führt. Auf kommunaler Ebene wird sich viel darüber entscheiden, inwieweit das Verbot faschistischer Ideologien und Praktiken durchzusetzen ist oder der Rückfall in faschistische Barbarei droht.

Ulrich Behrens

ANZEIGE

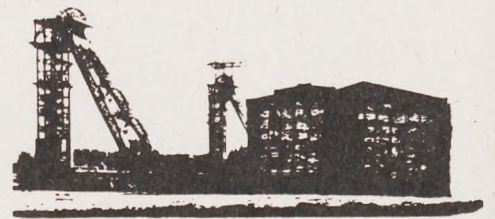


BUCHLADEN
TARANTA-BABU
 Humboldtstraße 44 4600 Dortmund I
 Telefon (02 31) 14 16 89

blick nach draussen

Gelsenkirchen, 8.3.90

Der Rat hat einen Antrag der Ratsfraktion der Grünen für die Rücknahme des Fahndungsersuchens gegen drei Roma-Familien abgelehnt. Rechtsdezernent Mensing hatte vorher erklärt, daß es nach wie vor keinen Abschiebe-Stopp gebe. Der von den Grünen angeführte Innenminister-Erlaß definiere vorläufig den Personenkreis, der als "de facto staatenlos" mit Aufenthaltsberechtigung anerkannt sei: langjährig in Europa umherziehende Roma. Dies treffe nach seinem Kenntnisstand auf die Gelsenkirchener Roma nicht zu. Den Hinweis auf das Nichtbestehen eines Abschiebestopps kann man nur als zynisch betrachten: immerhin war Gelsenkirchen eine der Städte, die auf dessen Abschaffung massiv gedrängt hatten.



Ingolstadt, 17.3.90

Am Vormittag des 17.3. starteten AntifaschistInnen der Ingolstädter Initiative gegen Faschismus in Ingolstadt eine Flugblatt- und Transparentaktion gegen die Republikaner. Die Aktion in der Nähe des REP-Infostandes wurde von den Vorbeikommenden vorwiegend positiv aufgenommen. Der Grundtenor der Passanten war, "daß es Zeit wurde, daß endlich jemand was gegen die Republikaner unternimmt". Am Wahlabend (der Kommunalwahlen in Bayern) zogen nach Bekanntwerden des vorläufigen Wahlergebnisses ca. 20 Leute der Initiative mit der Aufschrift "Keine REPs und andere Faschisten in den Stadtrat" in den großen Sitzungssaal des Rathauses. Hierbei gab das Regionalfernsehen den AntifaschistInnen Gelegenheit, ihre Standpunkte deutlich zu machen. Die Ingolstädter GAL, die von der Initiative von dieser Aktion benachrichtigt worden war, konnte sich nicht anschließen, da sie ihren Wahlerfolg (0,71 % mehr als 1984) begießen mußte.

Bielefeld, 8.3.90

Die seit Herbst 89 bestehende neue Ratsmehrheit aus CDU, FDP und "Bürgergemeinschaft für Bielefeld" (auch Oetkerliste genannt, wegen des starken Zusammenhangs mit Bielefelds größtem Gewerbesteuerzahler, dessen Ehefrau inzwischen Ratsmitglied ist) beschloß, sich von sozialdemokratischen Relikten auch in Hinsicht auf die "Vergangenheitsbewältigung" zu trennen: Nachdem mit der Kaselowsky-Kunsthalle bereits Oetkers Stiefvater, der Nazi Kaselowsky, von der Stadt öffentlich geehrt wird, soll jetzt jedes Andenken an den Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft und seine Opfer getilgt werden. Der "Platz des Widerstands" soll laut Ratsbeschluß künftig "Bahnhofsplatz" heißen. Begründung des CDU-OBs David:

Auswärtige Besucher könnten durch den Namen abgeschreckt werden! Und als ob es abgesprochen wäre, beantragt die NPD bei der Bezirksvertretung Mitte die Umbenennung in "Platz der deutschen Einheit" und erhielt dafür in der Ratssitzung Zustimmung von CDU-Mitglied Meichsner. Beschließen muß dazu noch die Bezirksvertretung Mitte.

**Elmshorn, 17.3.90**

Wenn es nach dem Willen des örtlichen Polizeichefs gegangen wäre, so hätte die Veranstaltung "Rock gegen Rechts", Veranstalter war der Kreisjugend-Ausschuß des DGB, nicht stattfinden sollen.

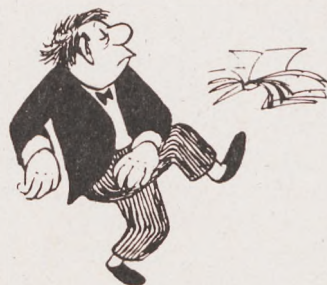
Am Freitag vor der Veranstaltung informierte der Verfassungsschutz die Polizei und den DGB als Veranstalter darüber, daß etwa 80 Skinheads aus dem norddeutschen Raum die Veranstaltung sprengen wollten. Polizeichef Klüver wollte daraufhin die Veranstaltung ausfallen lassen - eine DGB-Veranstaltung gegen Faschismus sollte ausfallen, die Faschisten werden dagegen allerorts geschützt.

Der DGB-Kreisvorsitzende erlangte an höherer Stelle Polizeischutz für die Veranstaltung, mit der Auflage, Zivilbeamte in den Veranstaltungsraum zu schleusen.



Insgesamt wurden dann am Samstag etwa 80 Polizisten eingesetzt, die ab 16.00 Uhr Position am Elmshorner Bahnhof bezogen, um die Skins abzu-
passen. Weitere Polizisten mit Hunden wurden am Veranstaltungsort postiert. Im Laufe des Tages kam es in der Innenstadt zu Auseinandersetzungen zwischen Skins, die wohl nicht per Bahn angereist waren, und Punks. Diesen Anlaß ließ sich die Polizei nicht nehmen, um nun außerdem gegen die Punks vorzugehen. Im Laufe des Tages wurden sieben Punks festgenommen, wobei einer bei der Festnahme zusammengeschlagen wurde. Von den angereisten Skins wurden 34 festgenommen. Je ein Polizist und ein Skin mußten im Krankenhaus behandelt werden.

Im Laufe des Abends wurden dann 20 Skins nach Pinneberg und der Rest in Zügen gen Wohnort verfrachtet. Die Punks wurden dann auch einzeln freigelassen, so daß gegen 23.00 Uhr kein Punk mehr einsaß. Zu diesem Zeitpunkt hatten der DGB-Kreisvorsitzende Sommer und ein Richter sich nach einer Diskussion auf der Veranstaltung für die Freilassung der Punks einsetzen wollen.



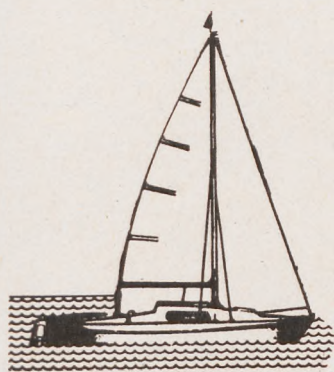
Diese Auseinandersetzung wurde von einem Punk in Gang gebracht: Wir haben uns heute nachmittag für euch geprügelt, sieben Leute sitzen jetzt in der Zelle, und Ihr feiert. Es wurde das Vorgehen der Polizei "Links gleich rechts-es werden alle eingefahren" kritisiert. Der Informationsstand über die Vorfälle war höchst unterschiedlich, da es nicht gelang, eine Form der Kontrolle durch die AntifaschistInnen im Verlauf des Tages zu gewährleisten. Die Berichterstattung in der örtlichen Presse erschwerte, eine gemeinsame Erklärung aller AntifaschistInnen mit dem DGB gegen den Polizeieinsatz hinzukriegen. Vereinzelt Aussagen von Gewerkschaftern sahen die Veranstaltung so: Rock gegen Rechts wird von Skins und Punks als Forum benutzt, um sich ordentlich zu prügeln. Mitglieder des Herausgeberkreises der linken Zeitung "Elmshorner GegenSätze" wollen in ihrer nächsten Ausgabe eine antifaschistische Darstellung der Vorfälle liefern.

Essen, 8.3.90

Im Rahmen der bundesweiten Aktion des Staatsschutzes gegen DKP-Mitglieder ist am 20.2. auch in Essen eine Wohnung durchsucht worden. Gesucht wurde nach Unterlagen, die die vom "Spiegel" behauptete Existenz einer DKP-internen "Kampftruppe" beweisen. Gefunden wurde nichts. Ein Sprecher der bei der Durchsuchungsaktion federführenden Frankfurter Staatsanwaltschaft: Konkretes sei ohnehin nicht geplant gewesen, es habe sich um "Planspielchen"(!) gehandelt. In einer Presseerklärung des Präsidiums der DKP heißt es: "Ein Sprecher der DKP wiederholte...die Erklärung der 11. Parteivorstandstagung, wonach die DKP weder mit geheimdienstlichen noch mit terroristischen Aktivitäten etwas zu tun hatte...Man verfolge das Ziel, die Mitglieder der DKP zu verunsichern und die ohnehin schwierige Lage, in der sich die Partei befindet, auszunutzen, um die Partei zu zerstören."

**Quickborn, 1.3.90**

Anfang dieses Monats schlugen drei Skins im Alter von 17, 18 und 19 Jahren aus Alvesloh, Quickborn und Henstedt-Ulzburg einen 21jährigen Italiener auf dem Quickborner Bahnhof, der von der Linie Altona-Kaltenkirchen-Neumünster(AKN) befahren wird, brutal zusammen. Dies ist die Fortsetzung der seit einem Vierteljahr andauernden Bedrohungen und tätlichen Angriffe der Faschisten entlang und in der AKN (siehe auch AntifaZ Nr. 22). Zwei Männer, die vorher schon von den Skins mit Bierflaschen und Gaspistole angegriffen worden waren, aber fliehen konnten, riefen die Polizei an, die dann auch nach zwanzig Minuten erschien-zu dem Zeitpunkt, als die Skins noch auf den Italiener eindroschen. Nach einer Verfolgung konnten die Skins festgenommen werden. Diese wurden nach der Vernehmung entlassen, weil die Voraussetzungen auf Erlaß eines Haftbefehls nicht vorlagen, so die Kripo. (Quelle: Pinneberger Tageblatt).



Essen, 22.3.90

Zweimal ist am 9. und 10.3. das Flüchtlingsheim am Sachsenring in Essen-Steele überfallen worden. Eine Horde von rund fünfzig Skinheads riß am Freitagabend Gehwegplatten aus dem Bürgersteig vor dem Heim, drang mit Äxten, Knüppeln, Tränengas und vermutlich auch Schußwaffen in das Haus ein und zertrümmerte Fensterscheiben und Mobilar im Erdgeschoß. Zwei Kinder und eine Frau mußten nach dem Überfall ins Krankenhaus. Die Polizei, die nach Berichten von Betroffenen erst spät eintraf, nahm sieben Skinheads fest. Am Samstag randalierte erneut eine Gruppe von Skinheads vor dem Haus. Sie konnte jedoch von Einwohnern vertrieben werden.

Der Überfall auf das von rund 170 Einwohnern bewohnte Asylbewerberheim ist die seit Jahren schwerste Ausschreitung gegen AusländerInnen in Essen. Er war offensichtlich geplant. In den Tagen vorher wurden mehrfach Skinheads gesehen, die das Heim beobachteten. Vor allem die FAP versucht in dem Stadtteil seit längerem, Anhang zu finden. "Heil Hitler"-Rufe waren bei der Aktion nicht zu überhören.

Der Überfall ist von verschiedenen Organisationen verurteilt worden. Der Essener Flüchtlingsrat hat darauf hingewiesen, daß auch die schlechten Lebensbedingungen, denen Flüchtlinge durch die Unterbringung in "abstoßenden Heimen" und das Arbeitsverbot unterworfen sind, ihre Abstempelung als "Randgruppe" fördern. Ebenso wie der Ausländerbeirat fordert er Veränderungen. SPD-Landtagsabgeordneter Radtke ist lediglich für "schärfste" Anwendung des Strafrechts. Auf Initiative von Autonomen und Antifaschistischem Forum fand am 31.3. eine Demonstration statt, die sich gegen die von faschistischen und reaktionären Kräften betriebene völkische und rassistische Hetze richtete, deren Folge Überfälle wie der in Essen-Steele sind.



Lüneburg, 7.3.90

Am 7.3. wurde vor dem Amtsgericht Lüneburg das Urteil im Prozeß gegen vier Neonazis verkündet, die zusammen mit einer größeren Anzahl von Skinheads eine antifaschistische Veranstaltung in der Hochschule in Lüneburg

überfallen hatten. Mit jeweils einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen à 50 DM kamen Manfred Börm, Michael Giese, Andreas Hemann und Willi Wegner milde davon. Börm wurde von der Anklage wegen Körperverletzung freigesprochen, weil die Zeugenaussagen zu widersprüchlich waren. Verurteilt wurden die vier wegen gemeinschaftlich unternommener Vereitelung einer Versammlung in Tateinheit mit Nötigung. Die z.T. erheblichen Vorstrafen (u.a. Börm: 7 Jahre Haft; Giese: 7 Monate Jugendstrafe auf Bewährung) ließ das Gericht weitgehend unberücksichtigt, da sie zeitlich länger zurücklägen und wegen anderer Delikte verhängt worden wären. Obwohl verschiedene Versammlungsteilnehmer durch die Neonazis z.T. erheblich verletzt wurden, begründete das Gericht den niedrigen Strafrahmen mit der "relativ geringen Intensität" der Versamlungsstörung! Die Argumentation des Gerichts blieb dabei völlig un schlüssig: Denn als zweifelsfrei erwiesen ging das Gericht davon aus, daß die Störung beabsichtigt war, daß die Neonazis eine Wahlrede der FAP vortragen wollten und zu diesem Zweck eine Kette gebildet hatten, um "den Redner zu schützen", da sie davon ausgingen, daß die Versammlung dies nicht tatenlos hinnehmen werde. Obwohl die Zeugenaussagen verschiedener Skins eindeutig (und vom Gericht auch so gewürdigt) ergeben hatte, daß zumindest Wörm die Provokation geplant hatte und er oder Giese die Rede halten wollen, ging das Gericht davon aus, daß die Angeklagten nur die Rede planten, aber für die folgenden Tötlichkeiten der Neonazitruppe nicht verantwortlich zu machen seien.



Ludwigshafen, 7.3.90

Anläßlich der Europawahlen hatte sich die Redaktion von SAT 1 geweigert, einen rassistischen Wahlspot der REP zu senden. Auf Druck von Großkunden wurde die Ausstrahlung jedoch durchgesetzt und jetzt auch vom Bundesarbeitsgericht für rechtens erklärt. Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Fa. **Müller-Milch** zu jenen Großkunden von SAT gehörte, die auf die Ausstrahlung des REP-Wahlspots gedrängt hatten.



ANTIFASCHISTISCHE ZEITSCHRIFT



In der AntifaZ Nr. 22 haben wir mit einer Artikelreihe begonnen, in welcher ein Überblick über die in der BRD und Westberlin - und bald vermutlich auch über die "im übrigen Deutschland" - erscheinenden Antifa-Zeitschriften gegeben werden soll. Die Reihenfolge der Vorstellung ist völlig zufällig. Heute stellen wir die Wittener "ANTIFA' CTS" vor.

Der Titel verdeutlicht schon, was die Zeitschrift in erster Linie sein will: Instrument antifaschistischer Gegenklärung, welches vor allem Informationen über faschistische Aktionen und antifaschistische Gegenwehr in möglichst detaillierter Form weitergeben will. Schwerpunkt der Informationsauswahl soll der kommunale Sektor (Witten und Umgebung) sein.

Darüber hinaus soll und wird über faschistische Organisationen, Vertriebenenverbände, Militaristenvereinigungen und reaktionäre Bestrebungen aller Art berichtet.

Die Zeitschrift bezeichnet sich ebenfalls als "unabhängig", dies ist u.E. auch zumindest soweit zutreffend, als die Zeitschrift das Spektrum eines antifaschistischen Aktionsbündnisses widerspiegelt. Dies Aktionsbündnis -wenn auch in der Zeitschrift nicht erwähnt wird, **welche Organisationen** im einzelnen dazu gehören, besteht wie die meisten solcher kommunalen Bündnisse aus Organisationen wie DKP, Grünen, Falken, einzelnen Gewerkschaftsvertretern und wenigen Autonomen.

Die Zeitschrift versteht sich vermutlich nicht als Meinungsforum aller politischer Richtungen des Antifaschismus-in ihr ist die antikapitalistische Orientierung vorherrschend. Eindeutige Stellungnahmen gibt es auch zur Charakterisierung der REPs als faschistischer Organisation, zur Forderung nach dem Verbot sämtlicher faschistischer Parteien und zur Notwendigkeit des **antifaschistischen Wider-**

stands (Verhinderung faschistischer Veranstaltungen und Kundgebungen, etc.).

Hervorzuheben auch, daß die Zeitschrift Ausdruck einer antifaschistischen **Politik auf kommunaler Ebene** ist, wie die Dokumentation von örtlichen Aktionen, Bürgeranträgen usw. zeigen.

Was uns gefällt:

Ein nüchterner, sachlicher Stil, gut dosiert gewürzt mit Prisen von trockenem Humor und bissiger Polemik.

Der Versuch, möglichst präzise zu berichten, nach unserer Beurteilung weitgehend saubere Recherchen.

Die Auflistung umfangreicher antifaschistischer Literatur zu den unterschiedlichsten Gebieten.

Was wir weniger toll finden:

Die teilweise unübersichtliche Gliederung der einzelnen Artikel.

Die bisweilen unklare Zuordnung der Artikelüberschriften bzw. allgemein die Zuordnung einzelner fett gedruckter Schlagzeilen.

Die teilweise verwirrende Mischung aus Artikelteilen, Literaturangaben und Veranstaltungshinweisen.

Fazit:

Inhaltlich gelungen, informativ und lesenswert, in Aufbau und Gestaltung noch ausbaufähig.

Wer die "ANTIFA' CTS" kennenlernen oder abonnieren möchte, schreibt an:

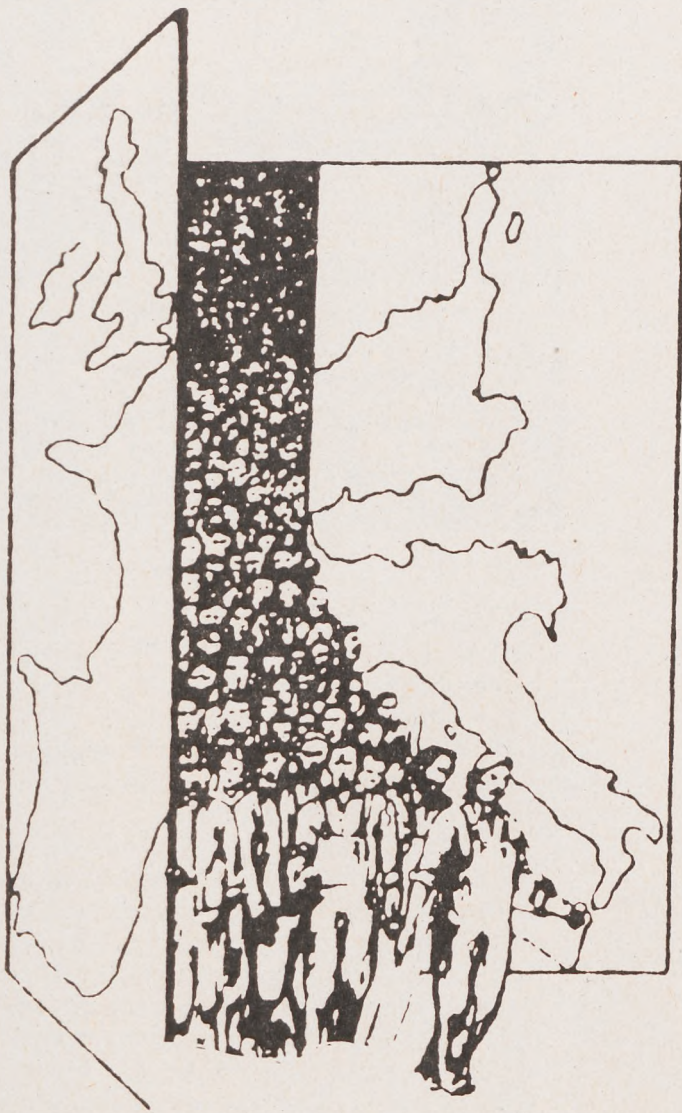
Ina Riepe
Brüderstr. 21
5810 Witten

„Antiimperialistischer Kongreß“

Am 31.3./1.4. fand in Duisburg ein "Antiimperialistischer Kongreß" statt. Etwa 600 TeilnehmerInnen, überwiegend Mitglieder der MLPD, berieten an 2 Tagen, wie die verschiedenen "Bestandteile der Europapläne des BRD-Imperialismus" aussehen und was dagegen unternommen werden soll.

Neben der MLPD als Initiatorin und Hauptorganisatorin des Kongresses wurde dieser, zumindest auf dem Papier, unterstützt von VSP (Vereinigte Sozialistische Partei), FAU/AP (Freie Arbeiterunion/Anarchistische Partei), KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), EKIM (Oktober) und ATIF/ATIK (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei).

Dem Ziel eines antiimperialistischen "Bündnisses" ist dieser Kongreß kaum näher gekommen.



In 11 Arbeitsgruppen wurde diskutiert, u.a. über die Themen "Europapolitik des BRD-Imperialismus und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Kriegsgefahr", "Arbeitswelt und soziale Lage", "Abbau demokratischer Rechte und Staatsterror", "Europapolitik des BRD-Imperialismus und ihre Auswirkungen auf die Rolle des Faschismus", "Zu den Veränderungen in der DDR", "Landwirtschaft und EG" und "Schul- und Hochschulpolitik".

Stand die Initiative der MLPD vor gut einem Jahr noch ganz unter dem Stichwort "Binnenmarkt 1993" und konkretisierte sich in der Losung "Europapläne vom Tisch", so machte der Kongreß deutlich, daß sich die Veranstalter schwer damit taten, dem aktuellen Stand nicht nur der **Pläne**, sondern vor allem der **Praxis** des BRD-Imperialismus nachzukommen: Es paßte irgendwie nicht ins Konzept, die aktuelle "Deutschlandpolitik" unter dem Stichwort "Europapläne" unterzubringen, so wurden Erklärungen abgegeben, die die "Deutschlandpolitik" eher als "Nebenkriegsschauplatz" interpretierten, die **eigentlichen Pläne** seien nach wie vor die **Europapläne**".

Überhaupt wurde man bei aller Gesprächsbereitschaft vieler MLPD-Mitglieder das ständige Gefühl nicht los, daß hier eine Gruppe glaubte, mal wieder so etwas wie einen "strategischen Plan" ausgearbeitet zu haben, der sich charakterisieren läßt durch die Formu-

lierung "Die Europapläne des BRD-Imperialismus und...", wobei sich diesem Schlagwort so ziemlich alles unterordnen sollte. Brav hatten die MLPD-Mitglieder dann auch in allen möglichen Bereichen "antiimperialistische Initiativen" gegründet, etwa so: "Der evangelische Kindergarten in St. Wendel und die Europapläne des BRD-Imperialismus" oder "Die Grundschule in Köln-Klettenberg und die Europapläne des BRD-Imperialismus."

Aus über 20 Orten berichteten in immer langweiligeren Statements die MLPD-ler auf dem Eröffnungsplenum über ihre Bemühungen, breite antiimperialistische Bündnisse herzustellen, einigen war es sogar gelungen, auch ArbeiterInnen von der Notwendigkeit betrieblicher antiimperialistischer Initiativen zu überzeugen.

Wir wissen nicht, wie die Diskussion sich in den einzelnen Arbeitsgruppen entwickelte, können nur berichten über die Arbeitsgruppe 6, die sich mit dem Faschismus auseinandersetzen wollte. Sie wirft allerdings ein bezeichnendes Bild auf das Gesamtkonzept, das hinter diesem Kongreß steckte, hierzu noch eine Würdigung am Schluß dieses Berichts.

Arbeitsgruppe 6 "Europapolitik des BRD-Imperialismus und ihre Auswirkungen auf die Rolle des Faschismus"

Um es kurz zu sagen, es hat uns die Sprache verschlagen, was hier "abging". In seinem "Referat" belegte der MLPD-Referent anhand von "Tatsachen", daß der BRD-Imperialismus schon vor geraumer Zeit darangegangen ist, mit der Partei der REPs eine "neofaschistische Partei neuen Typs" aufzubauen. "Neu" an dieser Partei sei die programmatische Ausrichtung auf das Grundgesetz, die Erfindung eines sozusagen "demokratischen Faschismus". Ziel dieser Partei sei (selbstverständlich), die Europapläne des BRD-Imperialismus voranbringen zu helfen, die Klassenauseinandersetzungen zu verschleiern und sich vom Erbe der "braunen Vergangenheit" zu lösen. Geschmiedet wurden diese Konzepte mit Hilfe der "Siemensstiftung", federführend dabei "Intellektuelle" wie Prof. Diwald und andere.

Was dieser "Referent" an "Tatsachen" auftischte, war eine klägliche Auswahl von Informationen, die in der antifaschistischen Bewegung in unterschiedlichen Publikationen seit langem veröffentlicht sind, mit dem Unterschied, daß hier kein Mensch auf die Idee käme, in derart ekklektizistischer Form (eine Auswahl von einzelnen Informationsbrocken aus ihrem Zusammenhang reißend und neu zusammenbauend) eine kleine Auswahl gerade der Informationen auszuwählen, die in das vorgefaßte Konzept passen. Offenkundig war dieser Referent weitgehend uninformiert über die antifaschistische Bewegung, der er unterstellte, sie sei eine Bewegung unter der Parole "Nazis raus", ein Vorwurf, wie er platt und dummlich bisher nur von der rechten Sozialdemokratie erhoben wurde.



Plenum bei Verabschiedung der Plattform. (Rote-Fahne-Foto)

Überhaupt ging es locker zu mit der Charakterisierung dieser Bewegung: Sie sei die "breiteste, aber die politisch unbewußteste" Bewegung, man müsse das "politische Niveau dieser Bewegung heben", nämlich auf das Niveau des antiimperialistischen Kampfes.

Mal abgesehen davon, daß große Teile der antifaschistischen Bewegung ganz sicher schon eine Menge Kämpfe gegen den BRD-Imperialismus ausgefochten haben, und zwar nicht nur gegen seinen "Begriff", sondern ganz praktisch auf der Straße gegen seinen Staatsapparat, vor den Gerichten gegen seinen Justizapparat oder in der internationalen Solidarität zur Unterstützung des kurdi-

schen Befreiungskampfes, Kämpfe, in denen man die MLPD bisher **nicht** entdecken konnte, so ist in erster Linie die Arroganz und Anmaßung zu kritisieren, mit der hier einem Teil der demokratischen Bewegung ein Korsett übergestülpt werden soll. Ein solches Konzept ist selbstverständlich schon im Keim zum Scheitern verurteilt.

So gab es dann auch spätestens an dem Punkt Widerspruch in der Arbeitsgruppe, als der Referent seine "Thesen" abstimmen und die weitere Diskussion trotz vorhandenen Widerspruchs abbrechen wollte, mit dem "schlagenden" Argument, er habe doch in seinem Referat die "Tatsachen" genannt, wie könne man denn da noch anderer Meinung sein?

Wir wissen nicht, wie die Diskussion in den übrigen Arbeitsgruppen abgelaufen ist, vermuten aber, daß zumindest die Intention der MLPD in allen Gruppen die gleiche gewesen ist. Und die läßt sich auf eine knappe Formel bringen: Sie möchte gern nicht mehr und nicht weniger als **alle** vorhandenen Bewegungen in der BRD unter ihren Begriff des "Antiimperialismus" unterordnen. Natürlich würde sie dies anders ausdrücken, etwa so: Man wolle herausfinden, an welchem Punkt die unterschiedlichsten Bewegungen im Land etwas gemeinsam gegen die Europapläne des BRD-Imperialismus entdecken können, diese Gemeinsamkeiten wolle man vernetzen, etc. etc.

Der Fehler eines solchen Konzepts deutet sich in folgenden Formulierungen aus dem "Aufruf zum Kongreß" an:

"Darüber hinaus bedeuten diese Großmachtpläne Reaktion auch auf allen anderen Gebieten-ökonomisch, ökolo-

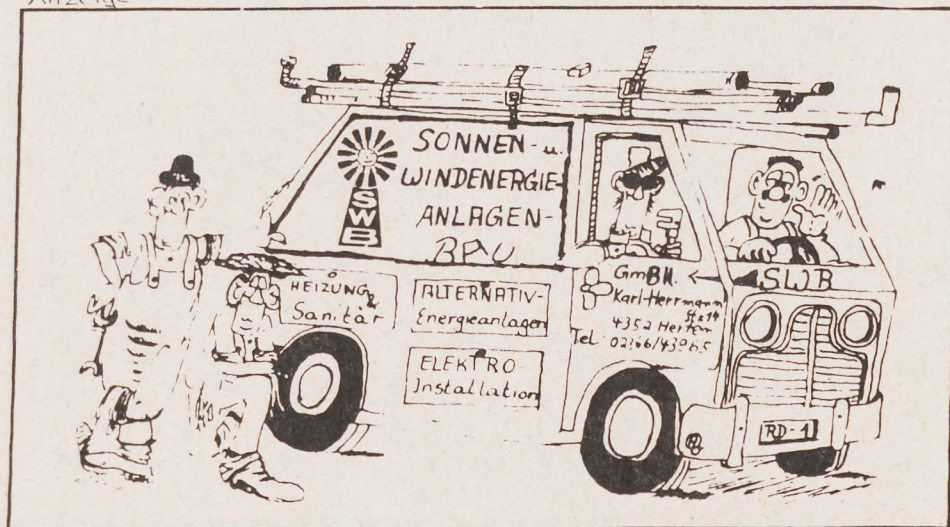
gisch und politisch. Einem antiimperialistischen Bündnis sind deshalb weitergehende, über die Einheit in nur einer Frage hinausgehende Kampfaufgaben gestellt."

Es ist schlicht eine idealistische Illusion zu glauben, daß sich alle Widersprüche im Imperialismus unter dem Schlagwort "Großmachtpläne" unterordnen lassen. Die Lohnkämpfe im Betrieb werden nicht unmittelbar auf ein **höheres** Niveau zu heben sein, indem man sie gegen die "Großmachtpläne" führt, der Kampf gegen Abbau demokratischer Rechte oder die Friedensbewegung, die Frauenbewegung und die Umweltbewegung-sie alle werden überwiegend Bewegungen bleiben, die **einen besonderen** Schwerpunkt zum Hauptinhalt ihrer Politik machen. Da mögen die Pseudotheoretiker der MLPD noch öfter den ihrer Meinung nach gerade aktuellen **Hauptwiderspruch** entdeckt haben-an der Wirklichkeit werden sie nicht vorbeikommen, es sei denn mit dem Kopf immer tiefer im Sand, verbunden mit einer immer größer werdenden Gläubigkeit, daß sich die Wirklichkeit irgendwann doch nach ihren Kopfgeburten richten werde.

Ganz so neu ist dies Herangehen nicht bei dieser Gruppe. Schon vor geraumer Zeit hatte sie das Konzept einer "Verinigten Arbeiterliste" entdeckt, mit der man das klassenkämpferische Bündnis aller Arbeiter schmieden wollte.

Die antifaschistische Bewegung darf gespannt sein, wenn zum ersten Mal wohl in größerer Zahl am 5. Mai auf der landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen in Düsseldorf die "Niveauheber" das Wort ergreifen werden. Bis dann.

Anzeige



EIN BESUCH BEIM DÜSSELDORFER KURDENPROZESS

Am 6.3.90 besuchte der Unterstützerkreis der Freunde des kurdischen Volkes aus Kiel und Rendsburg den Prozeß gegen die PKK im Oberlandesgericht Düsseldorf.

Um 9.30 Uhr treffen wir vor dem Prozeßgebäude ein. Vom ersten Augenblick des Wartens an bis zum Verlassen des Gerichtssaales am Nachmittag wird die systematisch betriebene Abschreckung der Öffentlichkeit spürbar. Durch die eiserne Drehtür werden in zähen Abständen unter der Aufsicht bewaffneter Polizei wechselnd jeweils ein Prozeßbesucher und eine Prozeßbesucherin hineingelassen, bis per Schild angekündigt wird, der Saal sei nunmehr besetzt, wobei die Aussicht auf Einlaßmöglichkeit durch eventuelles Austauschen der Besucher und Besucherinnen für die ungefähr 30 im Freien Wartenden ungewiß bleibt.

Die einzelnen Eingelassenen erwartet zunächst eine **Durchsuchungsprozedur**, bei der verschiedene Gegenstände einbehalten werden, vom Schlüsselbund bis zum Kaugummi, alsdann beginnt der Weg durch die **von Stahltüren unterteilten Gänge** des kafkaesken Gebäudes, über den Hof geht es, abermals von Polizei mit MP bewacht, wieder hinein, mit Zwischenstation an einem Glaskasten, hinter dem jemand die Ausweise fotokopiert, schließlich um eine letzte Biegung in den **unterirdisch angelegten, neonbeschienenen Prozeßsaal**.

Wie ihn beschreiben?
Zur Linken die Über-

bleibsel des "**Kurdenkäfigs**", jener Glas-trennwand, die zwischen Angeklagten und Verteidigung geschoben war, dahinter die erhöhte Anklagebank, auf der die noch neun in Isolationshaft gehaltenen mit-samt der polizeilichen Bewachung sitzen.

Frontal der gesamte Düsseldorfer Strafsenat, zur Rechten die Bundesanwaltschaft, im Zentrum des Saales auf der linken Hälfte die Verteidiger, mit den acht aus der Isolationshaft entlassenen Angeklagten, die übrigens alle perfekt drei Sprachen- Kurdisch, Türkisch und Deutsch-sprechen, mithin im-stande sind, dem Prozeß unmittelbar, sprich ohne Übersetzungsangebot

ANZEIGE

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen · A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

der bestellten Dolmetscher zu folgen, auf der rechten Hälfte des Saalzentrums die 13 Zwangsverteidiger, die zum Teil ihr Desinteresse durch ostentatives Zeitungslesen bekunden. Vor der Saalrückwand wir, **die Öffentlichkeit, durchsetzt von Polizisten in Zivil.**

Die Lust im Saal ist trocken, drückend, einschläfernd. Bevor wir um 9.45 Uhr hier ankommen, hat eine der Angeklagten bereits eine **Erklärung zum bevorstehenden internationalen Frauentag** abgegeben. Während wir eintreten, geht es um einen Antrag der Verteidigung gegen den unmenschlichen Transport der Gefangenen von Köln nach Düsseldorf und umgekehrt; wie uns einer der nicht mehr in Isohaft befindlichen Angeklagten, Hüseyin Celebi, später in einer Pause erklärt, werden die Gefangenen einzeln in Wagen transportiert, in denen ihnen jede Sichtmöglichkeit nach draußen genommen wird, somit die Gefangenen die Orientierung vollkommen verlieren, was zu heftiger Übelkeit und Erbrechen führe.

Die Verhandlung wird um 10.45 Uhr unterbrochen, mit der Anordnung des Richters, vier der inhaftierten Kurden ärztlich untersuchen zu lassen. Nach dieser Unterbrechung wird die Verhandlung um 11.30 Uhr fortgesetzt. Treten die Gefangenen ein, so werden sie vom Publikum mit Klatschen und mit Parolen begrüßt, er-

scheint hingegen die Richterschaft, so setzen sich alle bis auf die Pflichtverteidiger.

Die Verteidigung stellt einen Antrag auf Feststellung der Anzahl der Zivilpolizisten im Saal, da offensichtlich mehr als 16 von ihnen anwesend seien. Tatsächlich befinden sich 20 Polizisten in Zivil unter der Zuhörerschaft, leicht daran erkennbar, daß sie sich in die Lektüre mitgebrachter Illustrierten vertieft haben.

Auf Ablehnung des Antrages hin kündigt der Verteidiger Heydenreich eine Rüge an. Das Gericht fährt fort mit dem Bericht eines am Düsseldorfer Gesundheitsamt tätigen Neurologen und Psychologen, der die bei den Angeklagten übereinstimmend aufgetretenen Symptome wie Kreislaufinstabilität, Übelkeit und Erbrechen beschreibt, jedoch bekräftigt, daß diese nunmehr abgeklungen und die Angeklagten demnach verhandlungsfähig seien. Die Verteidigung stellt daraufhin die Frage, ob das Verschwinden der Symptome nicht aus der Regenerationsmöglichkeit in dem Zeitraum zwischen dem um 7.30 erfolgten Transport und der Untersuchung um 11.00 Uhr resultieren könne, welche von dem herangezogenen Psychologen unter dem die Situation der Gefangenen verharmlosenden Hinweis auf eine mögliche Parallele zur sog. "Reisekrankheit" bejaht wird.

Um 12.00 stellt die Verteidigung den Antrag auf Öffentlichkeitsrüge des Vorsitzenden, da 20 statt 16 Zivilpolizisten anwesend seien und somit der Öffentlichkeit vorbehaltene Plätze besetzten. Mit der Begründung, der Düsseldorfer Polizeipräsident sei für den Schutz im Zuschauerraum zuständig, lehnt der Vorsitzende die Rüge ab. Laut Anweisung dürfen 25 % der Plätze für Zivilpolizisten freigehalten werden, diese 25 Plätze (25 von 100) seien von ihm noch nicht einmal ausgeschöpft worden.



Guerillakämpferin der ARGK

Bis 13.45 Uhr wird eine Mittagspause angeordnet, in der zwar das Gericht Gelegenheit hat, sich zu stärken, nicht so aber die anwesende Öffentlichkeit. Innerhalb des Prozeßbunkers gibt es keinerlei Gelegenheit zu einem Imbiß, bei Verlassen des Gebäudes bestünde kaum eine Chan-

ce, dem Prozeß weiter beiwohnen zu können. Die Gewißheit der totalen Überwachung und Personalienkontrolle soll die Öffentlichkeit offenbar dazu bewegen, sich vom Prozeßgeschehen fernzuhalten. Spiegelbildlich dazu, ungleich schärfer, die Strategie gegenüber den Inhaftierten: Isolationshaft, Transport bei völliger Orientierungslosigkeit, die bewußt einschläfernde Atmosphäre des Gerichtssaals sollen physisch wie psychisch zermürend wirken, um dem Ziel des Prozesses zügig näherzukommen, das im Grunde vorformuliert ist und vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bereits zur Anwendung gebracht wird: dort heißt es in **Asylnablehnungsbescheiden, daß das Unterstützen der PKK als "terroristischer Organisation" nicht asylrelevant** sei.

Nach der sogenannten "Mittagspause" beantragt die Verteidigung um 13.45 Uhr einen Senatsentscheid bezüglich der vorgebrachten Rüge. Dazu erklärt der **Bundesanwalt Bänker**, er sei der Meinung, daß aufgrund von "angereisten Berlinern" kein Senatsentscheid nötig sei. Sofort stellt die Verteidigung den Antrag auf Prüfung, ob den senatsbeteiligten Richtern die Kopie der Ausweise zur Verfügung gestellt worden seien. Es folgt ein Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter wegen Öffentlichkeitsverletzung, woraufhin der Vorsitzende Richter um 15.00 Uhr die Verhandlung abbricht und auf Dienstag, den 13.3.90, vertagt. Die Öffentlichkeit verabschiedet die Angeklagten unter Applaus und mit Parolen für die Einstellung des Prozesses und für den Befreiungskampf

des kurdischen Volkes und der PKK. Vor dem Oberlandesgericht tanzen die UnterstützerInnen kurdische Volkstänze und rufen Parolen für die Freiheit Kurdistans.

Aus dem Verlauf bereits dieses einen Prozeßtages wird deutlich, wie wichtig die Anwesenheit der Öffentlichkeit für die Inhaftierten ist. Die getroffenen Abschreckungsmaßnahmen verdeutlichen, wie unliebsam dem Gericht das Publikum in diesem Verfahren ist; ist es doch einerseits eine wichtige Stütze für die schikanierten Gefangenen und andererseits die einzige Verbindung zur sorgsam ferngehaltenen Außenwelt.



Der Volksaufstand in Kurdistan weitet sich aus. Bei der Beerdigung einiger gefallener ARGK-Kämpfer begannen in Nusaybin und in anderen Städten der Provinz Mardin Massenproteste. Auch im Norden des Landes und in allen Städten Nordwest-Kurdistans dauern die Protestaktionen an. In der Türkei und in Europa finden Solidaritätsaktionen statt. (aus Kurdistn-Rundbrief 7/90, Jahresabonnent 30 DM, GNN-Verlag, Zülpicherstr. 7, 5 Köln 1)

Impressum

Die **AntifaZ** ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.
V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
4350 Recklinghausen.
Tel.: 02361/26 345.
Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Herner Str. 43
4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/21 686.
Redaktionssitzung:
Mittwoch, 19-21.00 Uhr.
Bankverbindung:
Stadtsparkasse Recklinghausen
BLZ 426 500
Kto-Nr.: 1 000 229 38
Auflage: 1 000
Mitgewirkt haben:
Carsten, Wolfgang E., Wolfgang T.,
Eckhardt, Ingrid, Falko, Silke, Klaus,
Ruth, Sieglinde, Hermann B., Orhan und
Petra.
Druck: druckwerk
Penningskamp 12 a
4600 Dortmund 30

VERANSTALTUNG GEGEN GROSSDEUTSCHLAND IN RECKLINGHAUSEN

In die Reihe der wenigen Aktivitäten, die seitens der linken und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik gegen die Anschlußpolitik des westdeutschen Imperialismus organisiert wurden, reiht sich eine Veranstaltung in Recklinghausen ein.

Am 2. März versammelten sich etwa 120 Menschen im Recklinghäuser "Saalbau", um einer Podiumsdiskussion unter dem Motto "Kein neues Großdeutschland-Kooperation statt Anschluß" beizuwohnen. Auf dem Podium saßen neben Vertretern der veranstaltenden Organisationen Andreas Trappe und Thomas Marr vom Neuen Forum aus Schmalkalden (Partnerstadt Recklinghausens in der DDR, siehe auch weitere Berichte in diesem Heft), Werner Pfeifer, Spätaussiedler aus der Tschechoslowakei sowie Hermann Bogdal, bekannter Antifaschist und Mitglied des Moorkomitee-Vorstands. Verhindert war ein Vertreter aus Dordrecht, der niederländischen Partnerstadt Recklinghausens.

Schon das Motto der Veranstaltung drückt die Unsicherheit und Widersprüchlichkeit aus, die innerhalb der vorbereitenden Organisationen herrschte: War noch in dem ursprünglichen Vorschlag für eine Veranstaltung gegen die Großdeutschlandpläne des westdeutschen Imperialismus von einer wie auch immer gearteten "Kooperation" keine Rede gewesen, so setzten die Vertreter der Grünen bedingt durch die Schwäche der linken Kräfte ihr Motto "Kooperation statt Anschluß" über die Veranstaltung. Als ob "Kooperation" unter kapitalistischen Bedingungen etwas anderes als "Anschluß" bedeuten könnte.

Dies war eben nur deshalb möglich, weil innerhalb der Recklinghäuser "Koordination für Solidarität und Menschenrechte" inzwischen

neben den Grünen nur noch die AntifaschistInnen vertreten sind, mal abgesehen von sporadischer Teilnahme einzelner (ehemaliger ?) DKP-Mitglieder.

War das anfängliche Konzept der Veranstaltung noch davon geprägt, daß eine antikapi-

talistische Kritik und klare Absage an jegliche "Wiedervereinigung" formuliert werden, stattdessen zur Solidarität mit den Völkern der 3. Welt und der ArbeiterInnen-Bewegung in der DDR aufgerufen werden sollte, so verwässerte das spätere



Konzept diese Stoßrichtung.

Dies wurde bedingt durch das grüne Konzept einer "demokratischen Wiedervereinigung", wie sie dann auch von den Vertretern des Neuen Forums aus der DDR beschworen wurde.



Vertreter der Grünen erklärten im Anschluß an die Veranstaltung gegenüber den Vertretern des Neuen Forums, die 120 BesucherInnen hätten sich überwiegend aus Altlinken, frustrierten ehemaligen DKP-Mitgliedern und Anhängern der Grünen zusammengesetzt.

Dieser Einschätzung können wir keinesfalls zustimmen, wenn auch lustigerweise ausgerechnet ein Vertreter der Grünen, nämlich Ulrich Briefs, durch seinen bald halbstündigen Diskussionsbeitrag den Eindruck einer "linken" Veranstaltung bei den Gästen aus der DDR erhärtete.

Der Eindruck einer gewissen "Frustriertheit" bei vielen BesucherInnen dagegen ist nicht von der Hand zu weisen - war doch der vorherrschende Eindruck, daß schon "alles gelaufen ist" (wobei die meisten wohl doch noch nicht mit derart niederschmetternden Wahlergebnissen gerechnet hatten, wie sie dann am Abend des 18. März bekannt wurden). Von den Vertretern des Podiums zeichnete sich allein H. Bogdal durch eine klare Absage an die kapitalistische Wiedervereinigung-egal in welcher Form- aus, er war auch der einzige, der versuchte, Ansätze einer antifaschistisch-demokratischen Politik gegen die Großmachtpläne des westdeutschen Staates zu entwickeln. Eine wesentliche Ursache für die tiefgehende Verunsicherung, die durch die Veranstaltung hindurchging, war sicher die Frage, wie

grundlegend der ehemalige SED-Staat zu kritisieren sei. Erfrischend deutlich hier die Aussagen der Vertreter des Neuen Forums, die von der "Befreiung von einer Diktatur" sprachen. Andere Diskussionsteilnehmer taten sich schwer mit einer solchen Aussage, waren sich auch unschlüssig über den jetzigen Charakter der PDS (ausschließlich Wendehälse?), stellten sich die Frage, wie und ob die demokratische Volksbewegung sich erfolgreich gegen den Ansturm des westdeutschen Kapitals und seiner Parteien hätte behaupten können.

Mit einem Vertreter aus der niederländischen Partnerstadt Dordrecht hatte man den Versuch unternommen wollen, die europäische Perspektive gegenüber den Vorherrschaftsplänen des westdeutschen Großkapitals zu diskutieren- dies trat nun während der Veran-



staltung stark in den Hintergrund.

Trotz aller Bedenklichkeiten muß die Veranstaltung aber als Erfolg gewertet werden:

Zum einen waren immerhin 120 Menschen gekommen, die ein sehr reges Interesse daran zeigten, wie es in Deutschland mit den linken und demokratischen

Kräften weitergehen kann.

Die Teilnahme von Vertretern des Neuen Forums aus der Recklinghäuser Partnerstadt Schmalkalden stellt sicher den Anfang für eine fruchtbare Zusammenarbeit der demokratischen und antifaschistischen Kräfte von Recklinghausen und Schmal-

kalden dar.

Die Recklinghäuser Linken konnten sich vor und während der Veranstaltung dahingehend verständigen, daß eine neue Ebene der Zusammenarbeit in Recklinghausen unbedingt notwendig ist und im wahrsten Sinn des Wortes historisch auf der Tagesordnung steht.

LESERBRIEF LESERBRIEF LESERBRIEF LESERBRIEF

Lisa Böhne
 Natruperstr. 181
 4500 Osnabrück
 Mitherausgeberin des Rechten Randes
 (außerdem Antifa-Archiv-Uni-OS)

An die
 AntifaZ-Redaktion

Liebe AntifazlerInnen,

die Besprechung der von mir mitherausgegebenen Antifa-Zeitung "Der Rechte Rand" in der Antifaz Nr. 22 hat mich gelinde gesagt sehr verblüfft.

Das Selbstverständnis unserer Zeitung gründet sich vor allem auf Parteienunabhängigkeit. Wer bei uns schreibt, schreibt seine/ihre Meinung als Person. Darstellungen von Parteienund/oder Institutionenverlautbarungen werden **nicht** abgedruckt. Es ist ausdrücklich erwünscht, mit unseren LeserInnen in die Diskussion über die abgedruckten Meinungen einzusteigen.

Da mir die internen Meinungsverschiedenheiten in der Antifa-Szene NRW, die zum einen durch Vereinnahmungsversuche bestimmter Institutionen (Jusos, Gewerkschaften, etc.) und zum anderen durch Kriminalisierungsversuche vor allem durch Gleichsetzung von Faschisten und Linken (durch CDU und SPD) gekennzeichnet sind, bekannt sind, wundert mich Eure "Argumentation".

- Durch welche geistige Akrobatik ist es Euch gelungen, "das Gesellschaftsbild der Zeitung" aus ihrem Namen abzuleiten?

- Das Durcheinander von Begrifflichkeiten ist ein leider flächendeckend vorhandenes Manko, welches sich nicht auf Parteien und ihre Mitglieder beschränkt.

- Welche "Tatsache" weist unsere Zeitung eindeutig als "grün-sozialdemokratisches" Projekt aus?

Ich persönlich fühle mich durch derartige Unterstellungen beleidigt. Zur Illustration weshalb, lege ich Euch ein etwas älteres Flugblatt bei, das das Verhältnis von uns Antifa-Archiv-Leuten zu Jusos und anderen "Sozialisten" etwas deutlicher macht.

Mit antifaschistischen Grüßen
 Lisa.

Aus dem von Lisa erwähnten Flugblatt:

"Am 9.2.89 kam es vor dem Amtsgericht Osnabrück zu einer Verhandlung gegen das Antifa-Archiv der Uni-Osnabrück. Der **Juso/LIST/SHB-Asta hatte uns angezeigt**, weil wir im Sommer 88 unsere Materialien aus einer Privatwohnung in einen Raum der Universität Osnabrück verlegt hatten.(...)"

(In dem erwähnten Prozeß und auch in der Berufungsverhandlung siegte das Antifa-Archiv gegen den Juso/LIST/SHB-Asta, die Einzelheiten sind beim Archiv erfahrbar)

Antwort der AntifaZ-Redaktion

Liebe Lisa, liebes Antifa-Archiv, lieber "Rechter Rand", die von Euch zugeschickten Materialien belegen so eindeutig, daß Ihr nicht "sozialdemokratisch" gesteuert werdet, daß es wohl mit einer bloßen Entschuldigung unsererseits nicht getan sein kann.


Als "Entschuldigung" können wir auch nur anführen, daß wir noch ziemlich unter dem Eindruck der Frankfurter Konferenz und der dort erlebten sozialdemokratischen Spaltungspraxis standen, als die "Besprechung" des "Rechten Randes" erfolgte. Wir "witterten" überall nur noch Vereinnahmungsversuche.

Leider kommt dieser Fehler bei uns noch häufiger vor: Wir gehen oft etwas zu "locker" mit den uns zur Verfügung stehenden Informationen um.

Was können wir zur "Wiedergutmachung" tun ?

- wir könnten Euch vielleicht mal besuchen kommen, um uns persönlich zu entschuldigen (und bißchen Kuchen zur Versöhnung mitbringen)
- wir könnten Euch vielleicht mal ein "Schnäppchen" für Euer Archiv zuschicken
- und wir geloben feierlich: Dem Schludrian und der Oberflächlichkeit wird der Kampf angesagt !

ANZEIGE



„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

- | | | |
|-------------------------|-------------------|---------------------------------------|
| Ausländer | Reonazismus | ... und |
| Biologisches Bauen | Ökologie | - jede Menge Kinder- und Jugendbücher |
| Chemie in Lebensmitteln | Politik | - Frauen- und Männerliteratur |
| Dritte Welt | Reisen | - Zeitschriften |
| Entwicklungspolitik | Sanfte Energien | - Plakate |
| Faschismus | Trampen | - Postkarten |
| Geschichte | Umweltschutz | - Umweltschutzpapier |
| Heilkräuter | Vollwerternährung | |
| Indianer | Waldsterben | |
| Kriegsgefahr | Yoga | |
| Liebe | Zukunft | |
| Medien | | |

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 Marl
02365/66 803

Schaut mal rein!

ANTIFA-ARCHIV OSNABRÜCK STELLT SICH VOR



1987 haben wir begonnen, Materialien zum Themenbereich Faschismus/"Neo"-Faschismus zu sammeln. Im Moment können wir unser Archiv noch im Raum der "Spassvögel" (studentenpolitische Gruppe) an der Uni-OS unterbringen. Das Archiv ist völlig unabhängig von Parteien und Institutionen und wird von diesen auch in keiner Weise unterstützt.

Warum ein Antifa-Archiv ?

Die Notwendigkeit, ein Archiv aufzubauen, ergab sich für uns anlässlich der Organisation einer antifaschistischen Infoveranstaltung. Wir stellten dabei fest, daß unsere Unterlagen sowohl inhaltlich als auch räumlich zersplittert vorlagen und häufig nur wenig "Fülle" besaßen. Die Möglichkeit des Rückgriffs auf schon geleistete Arbeit bestand kaum. So mußten wir immer wieder bei "Null" beginnen, wertvolle Erfahrungen und Wissen vorheriger Aktivitäten gingen verloren.

Antifaschistische Arbeit erfordert jedoch Hintergrundwissen, wenn sie die Grenzen des tagespolitischen Aktivismus überwinden will. Dieses ist wiederum nur durch kontinuierliche theoretische Arbeit zu bekommen:

- herkömmliche politische Erklärungsmuster erweisen sich bei näherem Hinsehen als unzulängliche Vereinfachungen (z.B. Führertheorie)

- die Frage, wie sich Faschismus entwickelt und welche Voraussetzungen zu seiner Entstehung notwendig sind, kann nicht beantwortet werden, wenn allein die Jahre von 1933-1945 betrachtet werden. Sie führt hin zu Kontinuitäten, die weder 1933 noch 1945 eine Zäsur erfahren haben und schlägt die Brücke zur aktuellen Situation.

- Geschichte kann nur "erfahrbar" werden, wenn regional konkreter Alltag dokumentiert wird, bei dem wirkliche Lebensbereiche in den Blickpunkt geraten. Geschichte erfahrbar zu machen, beinhaltet auch die Möglichkeit, aus ihr zu lernen.

- ein Archiv ist die Voraussetzung, Informationen über verschiedene Gebiete (Politik, Wirtschaft, Alltag, etc.), die mit Faschismus, seiner Entstehung und seinen Bestandteilen zu tun haben, zu einem sinnvollen Ganzen zusammenzutragen.

- Geleistete Arbeit kann erhalten und ihrem Inhalt nach in Zusammenhänge mit anderen Bereichen gestellt werden. Eine zeitraubende zweite, dritte...wiederholte Aufarbeitung der gleichen Tatbestände kann so vermieden werden.

Was haben wir ?

- ca. 500 Bücher und Broschüren systematisch nach folgenden Hauptgruppen erfaßt:

- A-Geschichte zeitlich übergreifend
 - B-Faschismus
 - C-Neofaschismus
 - D-Kunst und Literatur
 - E-Geschichte Osnabrück
 - F-Grauzone: konservative und faschistische Schnittmengen
 - G-Minoritäten
 - H-Faschismustheorien
- ca. 20 verschiedene Zeitungen (Abo) und Zeitschriften, deren inhaltliche Schwerpunkte von der geschichtlichen Aufarbeitung der NS-Zeit bis zu aktuellen Informationen über neofaschistische Aktivitäten reicht.
- neofaschistische Publikationen
 - Zeitungen aus der Zeit des NS
 - Parteiprogramme
 - Zeitungs- und Zeitschriftenartikel archiviert (z.B. Spiegel, Emma, etc.).
- Wir nehmen regelmäßig an Bundes- und Landestreffen antifaschistischer Initiativen und Organisationen teil. Bei diesen und ähnlichen Gelegenheiten (z.B. Geschichtswerkstattentreffen) kaufen wir Broschüren und Materialien aus der Antifaszene, die im normalen Buchhandel nicht erhältlich sind.

Was wollen wir ?

Grundsätzlich will jede/r ArchivarIn den Bestand vergrößern. Das Zusammentragen und Aufspüren von Materialien ist aufwendig und von vielen Zufällen abhängig. Deshalb sind wir auf Hilfe angewiesen und auch für kleinste Mengen (Zeitungsartikel, Flugblatt) dankbar.



- Wer Bücher zum Themenbereich ausrangieren will, oder
 - Leute kennt, die ausrangierte Bücher haben, oder
 - von Haushaltsauflösungen Kenntnis erhält, bei denen eventuell an entsprechende Bücher heranzukommen ist oder
 - interne Mitgliedszeitungen, z.B. aus dem Gewerkschaftsbereich zum Ausschachten oder leihweise zum Fotokopieren hat,
- möge uns benachrichtigen !!!**
- Außerdem haben wir Interesse an von Euch selbst verfaßten Arbeiten:
- Schülerzeitungen/bzw. Artikel
 - Hausarbeiten/Referate
 - Diplomarbeiten
- zum Themenbereich.

Arbeitsschwerpunkte:

- Sammeln und Archivieren aller "Druckerzeugnisse" zum Thema: Flugblätter, Zeitungsartikel, Referate, Broschüren, Bücher, etc.
- Informationen über aktuelle politische Ereignisse zusammenstellen, auswerten und weitergeben
- Herausgabe eines Readers für alle, die einen Einstieg in den Themenkreis suchen
- Angebote an Gruppen: Referate und Diskussionsleitung nach Absprache des Themenkreises.
- Einzelberatung bei Literatursuche für SchülerInnen, StudentInnen und andere, die Referate zum Thema erstellen wollen.

Benutzen:

Die Benutzung des Archivs ist kostenlos, nur anfallende Kopierkosten müssen bezahlt werden. Die meisten Bücher können ausgeliehen werden. Alle anderen Materialien können entweder als Kopie abgegeben werden oder an Ort und Stelle bearbeitet werden.

Das Archiv steht grundsätzlich allen InteressentInnen zur Verfügung.

Öffnungszeiten:

Freitag, 19.-21.00 Uhr
oder nach schriftl. Anfrage.

Unsere Archivadresse:

**Antifa-Archiv
Universität Osnabrück
Luisenstr. 14-16
Postfach
4500 Osnabrück
("Spassvögel"-Raum)**

PFUNDSACHEN:

In der Recklinghäuser Zeitung vom 14.4.90 entdeckten wir die nebenstehende "Werbung" für den Recklinghäuser Ostermarsch. Ob eine derart "massenwirksame" Werbung auch einer der Gründe war, warum nur noch etwa 100 Menschen zum diesjährigen Marsch durch Recklinghausen gekommen sind? Wir wissen es nicht.



Ostermarsch - find' ich gut! Ostersonntag, Altstadtmarkt RE, 11.00 Uhr, Ostermarsch rund um die Wälle.

Mona und Susi sowie das zärtliche Team erwarten Sie in priv. Atmosphäre. Marina neu. ☎ 02361/491482

Man gönnt sich ja sonst nichts, deshalb Ostermarsch! Ostersonntag Altstadtmarkt RE 11.00 Uhr, Ostermarsch rund um die Wälle.

...IN LETZTER MINUTE

**VERANSTALTUNGS-
ANKÜNDIGUNG :**

Gesamtschule Castrop-Rauxel
11.5.1990, 18.00 Uhr,
Podiumsdiskussion:
"Die Neue Rechte"
mit:
Pfarrer Rohr, Herne
Oliver Tolmein (Konkret)
Grüne, SPD, CDU

ANZEIGE

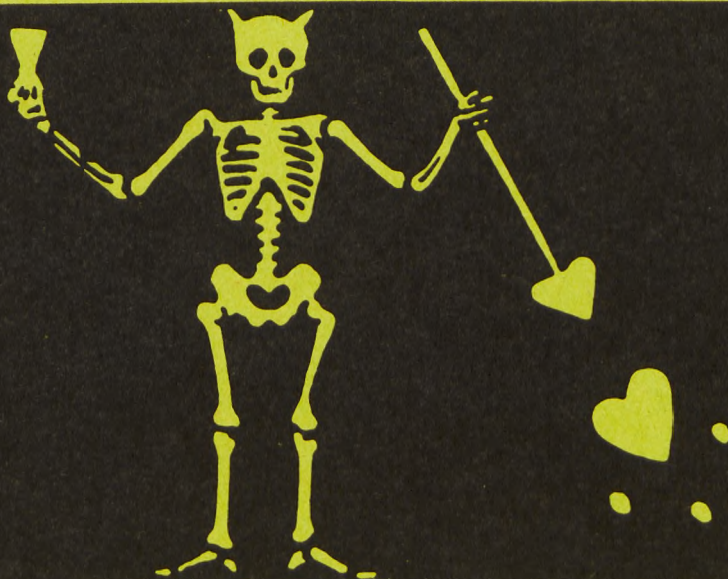
**PIRATEN-
WEISHEITEN:**

(die Vierte)

*Wo peinliche Vergangenheit
bringt Würde in Gefahr,
ist auch der Orgelton nicht weit,
der überspült, was war.*

DRUCKWERK **SATZ**
43 18 21 **REPRO**
DRUCK

Penningkamp 12a, DO-Hörde



LETZTE MELDUNG : REPS UND NPD SCHEITERN IN AACHEN UND STOLBERG

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns noch die erfreuliche Nachricht, daß die geplanten Veranstaltungen der REPs am 19.4. in Aachen und der NPD am 21.4. in Stolberg gescheitert sind.

Am 19.4. wollten die REPs mit Schönhuber in Aachens "Eurogreß" eine Großveranstaltung durchführen. Die Stadt Aachen hatte dies untersagt mit dem Verweis auf die zu erwartenden größeren Schäden, die durch mögliche Gegenaktionen entstehen könnten. Anfangs um die 1000 AntifaschistInnen hatten sich vor dem Aachener Rathaus versammelt, später waren es dann bald 2000, die vor der "Eurogreß" demonstrierten.

Entgegen aller bisheri-

gen Erfahrungen erlitten die REPs diesmal vor dem Verwaltungsgericht eine Niederlage: Dem Verbot durch die Stadt Aachen wurde stattgegeben, die REPs und Schönhuber blieben draußen.

Der Aachener Stadtrat aus SPD und Grünen hatte zur Kundgebung vor dem Aachener Rathaus aufgerufen, hier hielt der Aachener Bürgermeister eine Ansprache. Anschließend zogen an die 2000 Menschen vor die "Eurogreß", wo von der Polizei der Bescheid des Verwaltungsgerichts

gegen die REPs bekanntgegeben wurde - der Jubel war natürlich groß!

NPD scheitert in Stolberg

Auch die NPD hat es nach den uns zugegangenen Informationen nicht geschafft, ihren **Bundesparteitag** am 21.4. in der **Stadthalle** von **Stolberg** durchzuführen. Genauere Informationen konnten wir allerdings für diese Ausgabe nicht mehr recherchieren. Ausführlichere Berichte mit Sicherheit in der kommenden Ausgabe.

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
 • 4350 Recklinghausen •
 • Tel. 02361-17002 •